

Neubeginn von SPD und DIE LINKE

## Eine große Koalition für Brandenburg!

Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren gibt es in Brandenburg eine Koalition zwischen SPD und LINKE – damit sind wir das dritte Bundesland, wo eine solche Kooperation Realität ist. So richtig und erfolgreich unsere jahrelange Arbeit als Opposition im Landtag Brandenburg war – mit der Regierungsbeteiligung eröffnen sich ganz neue, andere Möglichkeiten einer Politikgestaltung. Dieser Prozess ist für uns alle ungewohnt und es wird einige Zeit dauern, bis sich diese „Kopf-Entscheidung“ auch mit einem guten Bauchgefühl verbindet. Dennoch sollten wir diese Koalition als Chance verstehen und die konkreten Vereinbarungen genau abwägen und bewerten. Da der WIDERSPRUCH nicht die gesamten 55 Seiten des Koalitionsvertrages veröffentlichen kann, will ich an dieser Stelle auf einige Punkte eingehen.

Grundsätzlich muss man festhalten, dass sich die Politik bereits mit dem Eintritt der LINKEN in die Regierung nach links verschoben hat. Viele Dinge, die wir seit Jahren gefordert haben und die immer am Widerstand von der SPD-CDU-Koalition und anderen gescheitert sind, fanden sich im Wahlprogramm der SPD wieder. Die bisherige Ausrede der Sozialdemokraten, diese Dinge wären mit der CDU nicht machbar, entfällt – die Sozialdemokraten „müssen“ nun ihre eigenen Versprechen mit uns umsetzen. Schon das ist ein Fortschritt für Brandenburg. Dennoch darf man nicht vergessen, dass diese Koalition keine „Liebeshochzeit“ ist. Rot-Rot in Brandenburg ist kein Projekt das über die Jahre aus pro-



grammatischen und ideologischen Gemeinsamkeiten gereift ist und dabei schließlich die Hegemonie für ein Umbau-Projekt erobern konnte. Ob dennoch ein Politikwechsel in den nächsten fünf Jahren geschieht, muss man abwarten – das hängt aber auch von unserem Wirken als Kreisverband und unserem Einfluss auf die Landespolitik ab. Bemerkenswert ist aber, dass es schon sprachlich und in der Gewichtung von Thesen und Positionen eine Richtungsänderung gibt.

Schon die Präambel benennt eingangs als entscheidenden aktuellen Kontext der Koalitionsbildung die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Dazu hatte es bereits im Vorfeld der Wahlen eine gewisse Annäherung zwischen LINKEN und SPD gegeben. Beide Parteien sind sich jetzt einig, dass die Krise auch darin wurzelt, dass grundlegende Werte der freiheitlichen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung selbst

und in ihrer Wechselwirkung missachtet wurden. Sie schlussfolgern daraus, „dass der moderne Sozialstaat eine zivilisatorische Errungenschaft ist, die verteidigt und – gerade deshalb – immer wieder erneuert werden muss. Die Koalition und die neue Regierung werden dazu ihren Beitrag leisten.“ Ein solcher Konsens war mit der CDU in Brandenburg nicht absehbar.

Die rot-rote Koalition ist sich darüber hinaus über eine ganze Reihe von konkreten Herausforderungen an politisches Handeln im Land einig. Damit geht insbesondere für die SPD eine Neubewertung der Lage im Land wie auch der Entwicklungen der letzten 20 Jahre

einher. Das betrifft im Einzelnen die Anerkennung,

- dass auch nach der Systemtransformation Menschen ihre Lebensperspektive verloren,
- dass Armut im Lande besteht und bekämpft werden muss,
- dass die Zukunft des Landes nicht in Deregulierung und Abbau von Sozialstaat und öffentlicher Daseinsvorsorge, sondern in sozialer und ökologischer Erneuerung des Industriestandortes besteht,
- dass der Sozialstaat seine alten Aufgaben nicht verliert, aber

In dieser Ausgabe:

- Energiewende gemeinsam herbeiführen **4**
- LINKE Mitglieder der Brandenburger Landesregierung **5**
- Mit dem Koalitionsvertrag beginnt die Arbeit **6**
- DDR – Staat – Unrecht **8**
- 60. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung und der 20. Jahrestag des Epochenumbruchs **10**
- Wahlsieg für DIE LINKE – eine Herausforderung **12**
- Landrat Manfred Zalenga wiedergewählt **15**
- Schuldenbremse als Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“? **19**

neue dazu bekommt und dass er als zivilisatorische Errungenschaft verteidigt werden muss, ■ dass soziale Gerechtigkeit keine Klientelpolitik sondern eine Generationenaufgabe ist, die Investitionen im umfassendsten Sinne erfordert: Gute Bildung für alle – von Anfang an.

Die Koalition wird von der Absicht getragen, „unser Land zusammenzuführen“ und „aus der Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus“ zu handeln. Wie weit das

Spektrum reicht, welches unter dem Dach dieser Koalition erfasst ist, machten gerade die heftigen Reaktionen innerhalb der SPD deutlich. Umso wichtiger ist die Passage in der Präambel, die die gemeinsamen Wurzeln der SPD und unserer erneuerten Partei in der friedlichen Revolution von 1989/90 heraus stellt. Hier geht es nicht um deklarierte „Aussöhnung“ oder gar um einen „Schlussstrich“, sondern um das Zusammenfinden in einer gemeinsamen politischen Aufgabe.

Genau in diesem Sinne wirkt die SPD-LINKE-Koalition als Große Koalition. Das aber heißt auch: Der Koalitionsvertrag ist nicht der Abschluss, sondern der Auftakt der politischen Arbeit, der politischen Aushandlungsprozesse, und auch von weiteren nicht immer einfachen, aber produktiv und konstruktiv zu gestaltenden Auseinandersetzungen.

Peer Jürgens  
MdL, Vorsitzender  
DIE LINKE. Oder-Spree

Die LINKE ist mit 15 konkreten Schlüsselprojekten in den Wahlkampf gezogen. Die finden sich wie folgt im Koalitionsvertrag wieder:

Schlüsselprojekt	Formulierung im Koalitionsvertrag
Landesvergabegesetz – tarifliche und soziale Mindeststandards bei öffentlichen Aufträgen	Die Koalition schafft die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass öffentliche Aufträge nur dann vergeben werden können, wenn über dem Mindestlohn liegende Tarifbindung oder zumindest die Zahlung von Mindestlöhnen vorausgesetzt ist. Wir werden uns auf Bundesebene für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen.“
15 000 ordentliche Arbeitsplätze im Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektor	Die Koalition strebt an, bis 2014 unter Nutzung der Bundesmittel 8 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und dafür 40 Millionen Euro bereit zu stellen. Mit dem Programm dürfen keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden.
Mikrokredite für Kleinunternehmen, Handwerk und Freie Berufe & Start-Ups	Generelles Ziel der Koalition ist es, den kleinen und mittelständischen Unternehmen und den freien Berufen den Zugang zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt zu erhalten bzw. zu verbessern.
Aktionsbündnis zur Vermarktung von Qualitätsprodukten der Brandenburger Landwirtschaft	Die Landesregierung wird den Ausbau regionaler und lokaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstandorte und -ketten mit dem Ziel fördern, dass der Bedarf an regionalen und Bioprodukten in Berlin/Brandenburg aus Brandenburg gedeckt werden kann.
Vorrang für erneuerbare Energien	Die Landesregierung wird Regelungen zum Vorrang und Ausbau erneuerbare Energien schaffen und die Energiestrategie des Landes diesbezüglich systematisch weiterentwickeln.
Renaturierung der verbliebenen Militärbrachen	Die Koalition fordert von der Bundesregierung einen verbindlichen Verzicht auf jegliche weitere militärische Planungen bzw. Nutzungskonzepte für die Kyritz-Ruppiner Heide und wird sich für ein Rüstungsaltenfinanzierungsgesetz einsetzen, um die Kostenverteilung für die Munitionsberäumung neu zu regeln.
Sozialticket für die ganze Region und für Einzelfahrten	Das 2008 eingeführte Mobilitätsticket wird über 2010 hinaus fortgeführt. Die Koalition strebt an, eine Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Berlin insbesondere für Arbeitspendler zu erreichen.
Initiative für eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder	Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Regelleistungen für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII eigenständig ermittelt werden. Die Regierung setzt sich für eine sachgerechte und armutsfeste Grundsicherung für Kinder ein.
Keine Schulklassen mit mehr als 24 Schülern. Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas	Keine Aussage zur Klassengröße; Um die Qualität der Bildungsarbeit in den Kita zu erhöhen, werden 33 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich investiert. Damit wird der Betreuungsschlüssel verbessert – für die 0- bis 3-Jährigen auf 1 Erzieherin für 6 Kinder, für die 3- bis 6-Jährigen auf 1 zu 12.
Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen	Die Qualität des Unterrichts in der Grundschule und die individuelle Förderung sind zu verbessern. An der sechsjährigen Grundschule wird festgehalten. Sie ist die Grundlage für längeres gemeinsames Lernen. Das System der flexiblen Schuleingangsphase (FLEX) soll an jeder Schule die dies will, eingeführt werden ... Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf wird ausgebaut ... Wir wollen ein durchlässiges Schulsystem. Die Koalition wird Maßnahmen ergreifen, die Abiturquote deutlich zu erhöhen. Wir wollen, dass jedes Kind, das dazu befähigt ist, das Abitur ablegen kann.
Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung	Angestrebt werden soll, dass Kinder aus SGB II- und SGB XII-Haushalten von Beiträgen zur Schülerbeförderung freigestellt werden.
Neues Musikschulgesetz	Keine Aussage
Kommunale Zusammenarbeit stärken	Die Koalition bekennt sich zu starken, entscheidungs- und handlungsfähigen Kommunen. Eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit ist erforderlich und hier werden entsprechende gesetzliche Regelungen nach Konsultation mit den kommunalen Spitzenverbänden geschaffen.

Weitere Informationen unter:

■ **Koalitionsvertrag:** [www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Koalition/091105-koalitionsvertrag\\_bb\\_wp5.pdf](http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Koalition/091105-koalitionsvertrag_bb_wp5.pdf)

■ **Bewertung des Koalitionsvertrages:** [www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Koalition/zu\\_Koalitionsbildung\\_und\\_Koalitionsvertrag\\_-\\_tf.pdf](http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Koalition/zu_Koalitionsbildung_und_Koalitionsvertrag_-_tf.pdf)

■ **Wahlprogramm der DIE LINKE:** [www.dielinke-brandenburg.de/wahlen\\_09/landtag\\_09/landtagwahlprogramm/](http://www.dielinke-brandenburg.de/wahlen_09/landtag_09/landtagwahlprogramm/)

■ **Wahlprogramm der SPD:** [spdnet.sozl.info/brandenburg/los/erkner/dl/Wahlprogramm\\_SPD\\_28.07..pdf](http://spdnet.sozl.info/brandenburg/los/erkner/dl/Wahlprogramm_SPD_28.07..pdf)

Schlüsselprojekt	Formulierung im Koalitionsvertrag
Mehr Rechte für den Datenschutz – und eine starke Behörde dafür	Wir werden den institutionellen Datenschutz stärken und deswegen die Aufsicht über den öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich in einer Behörde zusammenführen.
Struktur und Beständigkeit für die Oderpartnerschaft	Die Zusammenarbeit mit den Nachbarwoiwodschaften und -Ländern an Oder und Neiße soll im Bereich der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Verkehrspolitik sowie im Tourismus vertieft werden. Die Euroregionen sollen sich zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung profilieren.

**Weitere Projekte der LINKEN:**

- Ziel muss es sein, allen Kindern ein gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen zu ermöglichen.
- Die Koalition wird ein Programm „Gute Bildung für alle von Anfang an“ auflegen.
- Eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation der Anwendung des Brandenburgischen

Polizeigesetzes wird durchgeführt. In Abstimmung mit den Gewerkschaften soll eine Form der Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamte im Einsatz gefunden werden

- Wir setzen uns dafür ein, die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Ausländer abzuschaffen.

- Die Koalitionspartner prüfen die Erarbeitung eines Resozialisierungsgesetzes – es wäre das erste bundesweit.
- Einführung Wahlalter 16 bei Kommunalwahlen wird geprüft.
- Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen im öffentlichen Dienst geben – und es wird sogar Personalaufstockungen geben.

# Beschlüsse der außerordentlichen Tagung des 1. Landesparteitages am 4. 11. 2009

## Bilanzziehen

Der Landesvorstand erarbeitet gemeinsam mit der Landtagsfraktion eine Bilanz, welche politische Zielen und Projekte des Wahlprogramms der LINKEN unter besonderer Berücksichtigung der 15 Schlüsselvorhaben im Koalitionsvertrag in welcher Qualität Berücksichtigung gefunden haben, und welche nicht.

Daraus abgeleitet sind der 1. Tagung des 2. Landesparteitages Vorschläge zu unterbreiten, welche im Koalitionsvertrag nicht berücksichtigten Ziele und Schlüsselvorhaben unseres Wahlprogramms prioritär weiter zu verfolgen sind.

In der Erarbeitung dieses Vorschlages sind auch Zuschriften, Hinweise, Kritiken, Anträge und Änderungsanträge zum Koalitionsvertrag aus der Zeit zwischen dem 28. 10. 2009 und dem 4. 11. 2009 und deren EinreicherInnen einzubeziehen.

Einreicher: Harald Petzold

## Gegen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst

DIE LINKE hat im Bundestagswahlkampf die Position vertreten, dass eine erheblich Ausweitung des öffentlichen Dienstes notwendig ist, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die erforderlichen Dienstleistungen des Staates für alle Bürgerinnen und Bürger erbringen zu können. Der

vorliegende Koalitionsvertrag der LINKEN Brandenburg und der SPD Brandenburg wird dieser Forderung nicht gerecht.

Ausgehend vom Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2019 reduzieren sich die Landesmittel erheblich. Darüber hinaus wird die absehbare Steuer- und Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung zu einer weiteren Minderung der öffentlichen Einnahmen des Landes Brandenburg führen. Die vom Bundestag und vom Bundesrat beschlossene Schuldenbremse engt den finanzpolitischen Spielraum des Landes Brandenburg erheblich ein, insbesondere der für die Bürgerinnen und Bürger des Landes wichtigen Dienste wie Bildung, Polizei und Gesundheitswesen.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielforderungen für den öffentlichen Dienst bringen diese für das Land schwierige Situation zum Ausdruck. DIE LINKE. Brandenburg vertritt die Auffassung, dass man sich mit dieser Situation nicht abfinden darf und ein und ein finanzpolitisches Umsteuern auf der Bundesebene notwendig ist, um Länder und Kommunen mit den notwendigen Mitteln auszustatten.

Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Zahlen versteht DIE LINKE. Brandenburg daher als Aufforderung gegen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst in Brandenburg insbesondere in den Bereichen Bildung, Polizei, Hochschulen und Gesundheitswesen

sowie insgesamt um den Erhalt eines arbeitsfähigen bürgernahen öffentlichen Dienstes zu kämpfen.

Einreicher: Andreas Bernig

## Position zum Lissaboner Vertrag

Die LINKE hat ihre Position zum EU-Vertrag von Lissabon nicht geändert. Die LINKE wird das Abkommen respektieren, wenn es ratifiziert und in Kraft getreten ist. Die Kritik an einem Europa der Eliten, der Unterbewertung sozialer Aspekte oder der Militarisierung der Europäischen Union, wofür der Lissabon-Vertrag den Weg ebnet, blieben auch unter diesen Bedingungen im vollen Umfang bestehen.

Begründung: Die zur Bestätigung vorliegende Koalitionsvereinbarung enthält ein „nachdrückliches“ Bekenntnis zum Vertrag von Lissabon. Ohne eine Klarstellung in der zur Beschlussfassung vorgeschlagenen Art wird der Eindruck vermittelt, die Linke in Brandenburg würde sich damit von prinzipiellen Positionen und aus der Solidarität der Bundespartei lösen. Der zur Beschlussfassung vorgeschlagene Text entspricht wörtlich der vom Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, am 23. 10. 2009 vertretenden Position.

Einreicher: Beate Simmerl, Artur Pech, beide Schöneiche bei Berlin

Die Dokumente des Parteitag stehen im Internet unter: [www.dielinke-brandenburg.de/politik/aktuell/](http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/aktuell/)

Der von Peer Jürgens eingereichte und beschlossene Initiativantrag „Energiewende gemeinsam herbeiführen“ steht auf Seite 4.

Der Landesparteitag am 4. 11. 2009 nahm mehrheitlich den Initiativantrag an:

## Energiewende gemeinsam herbeiführen

Plakat der LINKEN Brandenburg zur Landtagswahl am 27. September 2009



DIE LINKE Brandenburg bekräftigt ihre Position, dass weder die Braunkohleverstromung noch die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS-Technologie) einen strategischen Ausweg darstellen. Der im Koalitions-

vertrag gefundene Kompromiss hebt keinen unserer Beschlüsse oder Ziele in der Energiefrage auf. Wir haben im Wahlkampf klar auf der Seite jener gestanden, die sich gegen neue Tagebaue und gegen die CO<sub>2</sub>-Endlager ausgesprochen haben und werden auch weiterhin an ihrer Seite stehen. Es bestehen immer noch ernsthafte ungeklärte Fragen, die Risiken sind bisher weitgehend unerforscht.

Dennoch müssen wir feststellen, dass sich auf Grund der bundespolitischen und bundesrechtlichen Rahmenbedingungen derzeit weder der Aufschluss neuer Tagebaue noch die Erkundung von CO<sub>2</sub>-Endlagerstätten verhindern lassen. DIE LINKE wird daher mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine Änderung dieser Rahmenbedingungen anstreben – ob auf politischem Wege oder als Teil von Bürgerprotest. In diesem Sinn begrüßen wir die im Koalitionsvertrag festgelegten ersten Schritte zur Änderung des Bundesrechts.

In den von Abbaggerung oder CO<sub>2</sub>-Verpressung potentiell betroffenen Gebieten werden wir als LINKE weiterhin vor Ort sein und gemeinsam mit den Menschen agieren. Zusätzlich wollen wir in der Regierungsverantwortung die Möglichkeiten für einen breiteren, offeneren Dialog mit den Betroffenen nutzen. Auch in dieser Offenheit und Transparenz sehen wir einen Politikwechsel.

Wir werden als LINKE sehr genau auf die Einhaltung der im Koalitionsvertrag benannten Voraussetzungen und Hürden achten, die vor einer Erprobung der CO<sub>2</sub>-Verpressung erfüllt bzw. überwunden werden müssen. Der Nachweis der Nicht-Gefährdung von Menschen und ihrem Eigentum sowie die Nicht-Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen haben dabei für uns oberste Priorität.

Letztlich stehen wir als LINKE vor der Herausforderung, für eine Energiewende im Land zu werben. Uns kommt die Aufgabe zu, den Vorrang für Erneuerbare Energien mit Leben zu füllen und im Land Brandenburg auf allen Ebenen für die Einführung von Erneuerbare Energien zu werben. Nur so können wir die klimaschädliche Braunkohleverstromung und die CCS-Technologie langfristig überflüssig machen und dadurch gemeinsam die Energiewende schaffen.

Einreicher des Antrages: Peer Jürgens (KV Oder-Spree); UnterstützerInnen: Artur Pech, Elvira Strauß, Peter Engert, Petra Joseph, Gerlinde Stobrawa, Monika Huschenbett, Stephan Wende, Konrad Hannemann (alle KV Oder-Spree), Bettina Fortunato, Marco Büchel, Renate Adolph (alle KV Märkisch Oderland), Carolin Steinmetzer-Mann (KV Elbe-Elster), Torsten Krause (KV Uckermark)

### Dokumentiert: Der Koalitionsvertrag zur brandenburgischen Energiepolitik

Energiepolitik ist eine zentrale Säule zukünftiger Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik. Das Land ist Vorreiter beim Einsatz Erneuerbarer Energien. In der Perspektive gilt es, neben der Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung, den Anteil Erneuerbarer Energien weiter auszubauen. Um diese Zielsetzung zu verwirklichen, wird die Landesregierung Regelungen zum Vorrang und Ausbau Erneuerbarer Energien schaffen und die Energiestrategie 2020 des Landes diesbezüglich unter Einbeziehung landesweiter Netzwerke und Institutionen systematisch weiter entwickeln. (...)

Braunkohle-Nutzung in Deutschland ist solange erforderlich, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und

zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus Erneuerbarer Energien decken kann. Die Koalition hält an der Verstromung des wichtigsten einheimischen Energieträgers Braunkohle als Brückentechnologie fest. Als Beitrag zum Klimaschutz wird sich die Landesregierung für die schrittweise Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme Kraftwerke einsetzen.

Die Koalition strebt an, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Braunkraftkohlewerke ab 2020 nur bei drastischer Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes genehmigt werden. Neue Kraftwerke soll es in Brandenburg nur geben, wenn damit die in der Energiestrategie 2020 festgelegten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele von 40 Prozent bis 2020 und weite-

re 35 Prozent bis 2025 gegenüber 1990 erreicht werden können. Dazu sollen mit den Betreibern neuer oder zu modernisierender Kraftwerke öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen werden, um so einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2020 des Landes zu leisten. Eine wichtige Option ist die CCS-Technologie.

Die Koalition wird sich für eine Erprobung und Demonstration dieser Technologie in Brandenburg einsetzen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO<sub>2</sub> muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen

Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Ein umfassender Informationsanspruch der Bevölkerung vor und während der Maßnahme muss abgesichert werden. Die Koalition ist sich darin einig, dass der Prozess der Einführung neuer Technologien durch eine verstärkte Moderation der öffentlichen Hand begleitet werden muss, um die sich daraus ergebenden regionalen, sozialen und ökologischen Konflikte minimieren zu können.

Die Landesregierung wird sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die notwendige Rohstoffsicherungsklausel des Bundesbergbaugesetzes durch soziale und ökologische Kriterien ergänzt wird. (...)

## Minister der Partei DIE LINKE in Brandenburg



**Dr. Helmuth Markov**

*Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister*

Geboren: 5. 6. 1952  
Familie: verheiratet, 3 Kinder  
Wohnort: Bützow (Oberhavel);

Beruf: Buchhändler, Diplomingenieur für Elektrische Antriebe und Automatisierung von Industrieanlagen, Dr. Ing.; 1990–1999 Mitglied des Landtages Brandenburg, 1999–2009 Mitglied des Europäischen Parlamentes; Mitglied DIE LINKE, 1993–95 PDS-Landesvorsitzender



**Ralf Christoffers**

*Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten*

Geboren: 8. 10. 1956  
Familie: verheiratet, 5 Kinder  
Wohnort: Bernau;

Beruf: Diplom-Gesellschaftswissenschaftler; 1991–1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Fraktion im Landtag, Mitglied des Landtages seit 1994; Mitglied DIE LINKE, 2001–2005 PDS-Landesvorsitzender



**Anita Tack**

*Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz*

Geboren: 4. 4. 1951  
Familie: Lebenspartnerschaft, mit 5 Kindern und 8 Enkeln  
Wohnort: Potsdam;  
Beruf: Feinmechanikerin, Diplomingenieurin für Städtebau und Regionalplanung;

Mitglied des Landtages seit 1994; Mitglied DIE LINKE, 1999–2001 PDS-Landesvorsitzende



**Dr. Volkmar Schöneburg**

*Justizminister*

Geboren: 30. 6. 1958  
Familie: geschieden, ein Kind (alleinerziehend)  
Wohnort: Potsdam;  
Beruf: Jurist, Dr. jur. (Fachrichtung Strafrecht/Kriminologie), Rechtsanwalt, Spezialgebiet Strafrecht und Strafvollzugsrecht; seit 2006 Verfassungsrichter am Verfassungsgericht Brandenburg

parteilos

## Staatssekretäre der LINKEN

**Daniela Trochowski**

*Ministerium der Finanzen*

40 Jahre;  
aus Sachsen-Anhalt stammend; Wirtschaftswissenschaftlerin; zuvor Referentin in der Verwaltung des Berliner Arbeitssenators Harald Wolf, zuletzt Referentin für die Bundestagsfraktion DIE LINKE, zuständig für Steuerpolitik; Mitglied DIE LINKE

**Henning Heidemanns**

*Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten*

51 Jahre;  
aus Nordrhein-Westfalen stammend; Wirtschaftswissenschaftler; ehemaliger Abteilungsleiter im Finanzministerium, zuletzt in der Staatskanzlei als Abteilungsleiter für Planung und Bü-

rokratieabbau verantwortlich; ehemaliges SPD-Mitglied, parteilos

**Dr. Heinrich-Daniel Rühmkorf**

*Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz*

43 Jahre;  
aus Niedersachsen stammender Arzt, Medizinjournalist; zuletzt Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion DIE LINKE parteilos

**Sabine Dorothea Stachwitz**

*Ministerium der Justiz*

66 Jahre;  
als Richterin 1991 aus Münster nach Oranienburg gekommen, ehemalige Direktorin des Amtsgerichts Oranienburg parteilos



Am 5. November 2009 wurde der am 4. November 2009 durch die außerordentlichen Landesparteitage von DIE LINKE und SPD verabschiedete Koalitionsvertrag offiziell unterschrieben. Für die SPD haben Günther Baaske, Fraktionsvorsitzender, und Matthias Platzcek, Landesvorsitzender, und für DIE LINKE Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende, und Thomas Nord, Landesvorsitzender, den Koalitionsvertrag unterzeichnet (v.l.n.r.).

Brandenburger LINKE sagt mehrheitlich JA zum Koalitionsvertrag

## Mit dem Koalitionsvertrag beginnt die Arbeit

Der 4. November 2009 ist ein wichtiger Tag. Vor genau 20 Jahren fand auf dem Alexanderplatz die berühmte Demonstration statt, die für das Ende der DDR so entscheidend war.

Am 4. November 2009 ist in Strausberg der erste Schnee

gefallen. Die Delegierten der Linkspartei des Landes Brandenburg treffen sich dort, um ihre Position zum Koalitionsvertrag für die erste „Rot-Rote“ Landesregierung zu bestimmen.

Eine spannende Veranstaltung, zu der ich leider zu spät komme. 42 Minuten Verspätung des Regional-Express sowie Baustellen rund um den Tagungsort sind die Ursache. Das Haus am See wird von auffallend vielen Polizisten bewacht. Angemeldete Proteste, vor allem der Nazis, sind der Grund.

Kerstin Kaiser steht also schon am Rednerpult. Ihre Rede zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und LINKEN kenne ich schon von der Regionalkonferenz am Samstag zuvor. Das Papier habe ich auch studiert und mit Genossen diskutiert. Noch bin ich unentschieden darüber, wie ich stimmen werde.

Der Koalitionsvertrag schreibt Dinge fest, für die ich lange gestritten habe. Die über 20 Jahre regierende SPD gibt zu, dass unter ihrer Herrschaft nicht alles eitel Sonnenschein war, dass Armut und Arbeit für Niedriglohn gewachsen sind.

Das Bekenntnis zu einem gesetzlichen Mindestlohn wird zu einer Bundesratsinitiative aus Brandenburg führen. Die zukünftige Landesregierung soll den Kampf



Abstimmung des Koalitionsvertrages

gegen Löhne führen, von denen die Menschen nicht leben können. Mit dem ebenfalls Rot-Rot regierten Berlin wird über ein gemeinsames Sozialticket zu reden sein. Die landesweite Einführung einer kostenlosen Schülerbeförderung ist im Vertrag enthalten. Nun können sich die Sozialdemokraten nicht mehr herausreden, dass das mit dem Koalitionspartner nicht zu machen sei.

Wie hätte jeder andere Koalitionsvertrag der SPD mit irgendei-

zu allen unseren 15 Schlüsselvorhaben, Festlegungen wie „Keine neuen Tagebaue, keine CO<sub>2</sub>-Verpressung“, zur Europäischen Union und zu vielem mehr. Koalitionsverhandlungen sind aber eben keine Wunschveranstaltungen.

Das sieht man, wenn man den Genossen, die direkt in die Verhandlungen eingebunden waren, ins Gesicht schaut. Trotz ihrer Erschöpfung erklären sie geduldig. Die Genossinnen und Genossen aus der Lausitz und von den Naturschutzverbänden kritisieren das Verhandlungsergebnis. Gregor Gysi bittet um einen Beschluss, der die Befindlichkeiten in der Gesamtpartei berücksichtigt. Der von mir geschätzte Wolfgang Nešković

wirft der Verhandlungsgruppe sogar vor: „Ihr habt Glaubwürdigkeit gegen Macht eingetauscht.“ Die jungen Leute von „solid“ fordern auf dem Parteitag Nachverhandlungen mit der SPD.

Trotz einiger Bedenken habe ich dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Er bietet in meinen Augen Möglichkeiten zu einem schrittweisen Politikwechsel im Land. Er ist der schwierigere Weg,

als aus der Opposition Politik zu gestalten. Der Koalitionsvertrag ist der Anfang der Arbeit mit der SPD. Ich wünsche mir von den Ministern und der Landtagsfraktion der LINKEN, in den nächsten fünf Jahren bei ihren Entscheidungen unser Landtagswahlprogramm „Konsequent sozial für Brandenburg“ nicht aus den Augen zu verlieren, ständige Transparenz zu haben und das Gespür für die Interessen, Sorgen und Nöte ihrer Wähler nicht zu vergessen.

Dr. Elvira Strauß, Erkner,  
Parteitagdelegierte  
Fotos: Reinhard Frank



Der Parteitag bedankt sich bei der Verhandlungsgruppe: Ralf Christoffers, Thomas Nord, Kerstin Kaiser, Christian Görke, Dr. Kirsten Tackmann, Gerrit Große, Stefan Ludwig (v.l.n.r.)

ner Partei in Brandenburg wohl ausgesehen? Ich glaube nicht, dass ein Vergabegesetz auf den Weg gebracht worden wäre, in dem steht, dass öffentlich vergebene Arbeit zumindest ortsüblich bzw. tariflich entlohnt werden muss.

8000 Arbeitsplätze sollen im öffentlichen Beschäftigungssektor geschaffen werden. In unserem Wahlprogramm standen 15000. Angesichts der Arbeitslosenzahlen im Land hätte ich mir wesentlich mehr gewünscht und nicht erst im Lauf von in vier Jahren.

Gewünscht hätte ich mir im Koalitionsvertrag klare Aussagen

### Landesparteitage zur Koalition

SPD	131 Delegierte	110 Ja	14 Nein	7 Enthaltungen
DIE LINKE	144 Delegierte	124 Ja	15 Nein	5 Enthaltungen

Zum brandenburgischen Koalitionsvertrag für die Jahre 2009 bis 2014

## Realisierung stets im Schulterschluss mit der Basis

Liebe Genossinnen und Genossen, seit gestern sind wir Regierungspartei. Diese neue Situation muss wohl jedes Mitglied unserer Partei in Brandenburg zuerst einmal verarbeiten. Ich möchte kurz und knapp meine Gedanken darlegen.

Einer Regierungsbeteiligung unserer Partei stand und stehe ich skeptisch gegenüber. Diese Skepsis nährt sich aus zwei Quellen, sie hat nichts mit dem ausgehandelten und heftig umstrittenen Koalitionsvertrag zu tun.

Es ist zum einen das Wissen, dass sowohl Bundes- als auch Landesregierungen nicht gegen den Willen der wirklich Mächtigen dieses Landes, dem Geldadel, den Verbänden der Finanz- und Realwirtschaft und den konservativ geprägten Medien agieren und erst recht nicht regieren können.

Das ist keine ideologische Anleihe an die Vergangenheit, sondern bittere Realität. Die bittere Realität um Opel ist das neueste Anschauungsobjekte zu meiner Sicht auf die Weltereignisse der Gegenwart. Ein weiteres ist die seit einem Jahr zu besichtigende Hilflosigkeit der selbsternannten „Weltregierung“ namens G-20 Gipfel gegen die Allmacht der globalisierten Finanzwirtschaft (vorausgesetzt man unterstellt, dass sie wirklich etwas ändern wollen).

Zum anderen sind es die desastösen Niedergänge ehemals großer europäischer linker Parteien, die

im Ergebnis ihrer Beteiligungen an bürgerlichen Regierungen massenhaft Mitglieder und ihren ehemaligen Einfluss in der Gesellschaft verloren haben.

Andererseits erkenne ich das Argument an, wer sich zur Wahl stellt, muss auch bereit sein, Verantwortung zu tragen.

Ein Großteil unserer Mitglieder sieht das wohl genau so. Also packen wir es an und versuchen im Wissen um die damit verbundenen Gefahren, es besser zu machen als die bisher Gescheiterten. Ich will und werde mich nicht verweigern.

Mein Zweiter Gedanke betrifft die Regionalkonferenz am 31. Oktober 2009 in Frankfurt (Oder), an der ich teilnahm. Mich hat das Auftreten der Genossinnen und Genossen, die den Koalitionsvertrag mit der SPD ausgehandelt haben, beeindruckt. Wenn man den Vertrag liest, wird einem ja nicht immer und nicht sofort bewusst, welcher Kampf bis um das einzelne Wort geführt worden ist, woher auch. Es war für mich ganz wichtig, durch die persönliche Aussage der Verhandelnden zu erfahren, warum es möglich war, das eine durchzusetzen und das andere eben nicht, wo endete die eigene und wo die Kompromissbereitschaft des Verhandlungspartners. Das liest man aus dem Text ja nicht heraus.

Kerstin Kaiser hat in ihrer einflussreichen Erklärung einen für mich persönlich sehr wichtigen

Satz gesagt: „Uns ist bewusst, dass wir mit dieser Regierungsbeteiligung den schwierigeren Weg gehen“. Ich kann nur appellieren: Vergesst das nicht!

Konflikte mit der SPD werden in der gemeinsamen Regierung nicht ausbleiben. Die Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben das bereits hinter sich, wir noch vor uns.

Ich möchte den Landesvorstand, vor allem aber die Fraktionsmitglieder und natürlich unsere Ministerin und Minister auffordern, bei heraufziehenden drohenden Wolken, rechtzeitig und ehrlich den Schulterschluss mit der Parteibasis zu suchen. Wir möchten Querelen nicht aus den bürgerlichen, uns nicht wohlgesonnenen Medien erfahren. Die Regionalkonferenzen waren meines Erachtens ein sehr gutes Beispiel dafür, wie es auch zukünftig gehandhabt werden muss.

Unsere neugekürten Genossinnen und Genossen in der Landesregierung tragen eine hohe persönliche Verantwortung dafür, welche Entwicklung unsere Partei in Brandenburg in den nächsten Jahren nehmen wird und vor allem wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden soll.

Ich wünsche mir vor allem Transparenz, erklärende Worte weshalb Entscheidungen so oder so getroffen werden, und uns allen Erfolg im Umgang mit dieser für uns alle neuen Situation.

von  
Gottfried Walther,  
Erkner

Diskussionsbeitrag  
auf der Kreisdelegiertenkonferenz der  
Partei DIE LINKE  
Oder-Spree  
am 7. November  
2009 in Beeskow

Das nächste Mal für alle – in Maßen!

## Was alle nicht mögen, aber trotzdem tun

Ihr braucht nicht lange zu raten: Ich meine das Aufhängen von Wahlplakaten unserer und anderer Parteien an Straßenlaternen.

Ihre politische Wirksamkeit ist umstritten und wahrscheinlich nicht messbar; für das Ortsbild wirken sie zahm ausgedrückt, unschön; arbeitsorganisatorisch und ökonomisch sind sie eine Belastung. Dazu kommt, dass Straßenwahlplakate meist unqualifiziert angebracht werden, schief hängen oder

herunterrutschen, von bestimmten politischen Gegnern beschmiert und vom Wetter unkenntlich gemacht werden.

Textlich wirken viele überladen. Großaufsteller und Litfasssäulen genügen meines Erachtens gemeinsam mit anderen wirksamen Werbemethoden, um die Bürger mit unserem politischen Anliegen vertraut zu machen.

Darüber hinaus gibt es noch andere Erfahrungen. In Italien zu den Parlamentswahlen und in Bayern zu den Eu-

ropawahlen wurden durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen großflächige Aufsteller aus Blech oder Holz installiert, die allen Parteien zur Verfügung standen. Sofort nach dem Wahltag wurden sie entsorgt.

Es wäre an der Zeit, die lange Wahlkampfpause zu nutzen, um zwischen den demokratischen Parteien zu dieser Frage Konsens zu erreichen. Als Anreger für die Überwindung der genannten Unsitte sollten wir vorangehen.

von  
Dietrich Schwarz,  
Eisenhüttenstadt

Meine Partei hat sich zu ihrer Wurzel in der SED und der damit verbundenen Verantwortung Unrecht bekannt. Unsere Konsequenz ist, dass wir als Linke soziale Rechte nicht ohne Freiheitsrechte akzeptieren können. Soziale Sicherheit und Freiheit können nur zusammen gehen oder gar nicht.

*Bodo Ramelow*

Nach unserem Rechtsempfinden ist vieles, das dort geschehen ist, Unrecht gewesen. Natürlich hat es damals himmel-schreiendes Unrecht gegeben. Es gibt aber eine Chance, die neu entbrannte Debatte sachlicher als bisher zu führen und auch über die Verantwortung der früheren Blockparteien zu reden.

*Oskar Lafontaine*

Die DDR war kein Unrechtsstaat. Die DDR war zwar eine Diktatur ohne demokratische Kontrolle und kein Rechtsstaat. Es gab in ihr auch Unrecht, sie war aber kein Unrechtsstaat.

*Gregor Gysi*

*Wir schreiben das Jahr 20 nach dem Fall der Mauer. Zwanzig Jahre Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit – aber auch die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Konkurrenzkampf und sozialen Ängsten. Zwanzig Jahre ideologisch geführte Diskussionen über die DDR und den Umgang mit Biographien, ganz aktuell im Zusammenhang mit den Rot-Roten Koalitionsverhandlungen und der Stasi-Überprüfung aller Landtagsabgeordneten. Die Debatte ist oft durch extreme Positionen gekennzeichnet – entweder absolute Verurtei-*

*lung und Ablehnung oder Verharmlosung und Schönfärberei. Seit mehr und mehr Aktivisten der Wende von der politischen Bühne abtreten, verzieht sich allmählich auch der Pulverdampf der tagespolitisch geprägten Auseinandersetzungen. Trotzdem muss sich DIE LINKE auch im „Tagesgeschäft“ mit der Debatte auseinandersetzen – so auch ich selbst in der Wahldiskussion der MOZ am 17. 9. 2009. In dem Zeitungsartikel zu dieser Wahlrunde wurde ich mit der Verurteilung der DDR als „Unrechtsstaat“ zitiert.*

*Es fällt nicht schwer, die DDR als Unrechtsstaat zu charakterisieren – und dennoch wird man damit ihrem Bestehen nicht gerecht. Es ist eine Verkürzung, die vieles ausklammert, allenfalls etwas beschreibt, aber nur wenig erklärt – meine längere differenzierte Beschreibung zum Thema DDR wurde allerdings von der MOZ weggelassen. Zurecht wurde ich von einigen GenossInnen darauf angesprochen und auch kritisiert. Darum will ich nachfolgend meine Position nochmals darstellen und lade zur Diskussion ein.*

## DDR – Staat – Unrecht

DIE LINKE muss weiter zur kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die eng mit der Geschichte ihrer Vorgängerpartei verbunden ist, ihren Beitrag leisten, der zukünftig gesamt-deutsch und generationen-übergreifend Akzeptanz findet. Im Gegensatz zu den meisten Blockparteien der DDR hat die frühere PDS und die jetzige LINKE sich seit Anfang der 90er Jahre mit ihrer Vergangenheit beschäftigt und kritische, manchmal schmerzliche Resümees gezogen. Dies ist umso mehr erforderlich, als dass sich die zeithistorische Bewertung der DDR teilweise sowohl überzogen auf deren Dämonisierung als auch auf eine „ostalgische“ Verharmlosung konzentriert. Diese Bewertung ist für Millionen von Zeitzeugen nicht nur unglaubwürdig, sondern wird auch – mit Blick auf die individuellen Lebensleistungen – als herabwürdigend empfunden. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den Ergebnissen zeithistorischer Forschung, politischer Bewertung und scheinbarer Reflexion von Erinnerungen und Empfindungen gegenüber der DDR-Geschichte. So begrüßt Umfragen zufolge eine übergroße Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger die deutsche Einheit, äußert aber gleichzeitig Unzufriedenheit mit dem bestehenden System im Vergleich zur DDR.

Es geht um eine Auseinandersetzung mit dem ersten Versuch, auf deutschem Boden eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln. Hierzu gehört das bittere Eingeständnis, dass der real existierende Sozialismus das proklamierte Ziel nicht erreicht hat. Es wurde nicht vermocht, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, dass

sie mit persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit und Chancengleichheit dem kapitalistischen System überlegen sind. Das Scheitern der DDR ist primär auf das Nichterreichen der selbst gesetzten Maßstäbe zur Erfüllung eines hohen Lebensstandards und damit der freien Entwicklung der Persönlichkeit zurückzuführen. Das Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit wurde in einem Ausmaß spürbar, dass schließlich auch trotz des zu verurteilenden Einsatzes repressiver Elemente ein Zusammenbrechen des Staates nicht mehr aufzuhalten war. Die DDR wurde von der Mehrheit ihrer Bürger sowohl im Widerstand gegen Repression und Unfreiheit als auch wegen wirtschaftlicher Missstände und des Mangels an Wahrheit und Ehrlichkeit zunehmend abgelehnt. Repression und Unfreiheit können nicht auf Dauer den ökonomischen Erfolg „ersetzen“.

In diesem Zusammenhang gilt es, die inhumane Deformation des Herrschaftssystems zu benennen und anzuprangern. Jene Entwicklungen widersprachen dem sozialistischen Ideal und führten zur Etablierung eines bürokratisch-zentralistischen Regimes, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Humanistische und demokratische Werte wurden ins Gegenteil verkehrt. Am Ende stand nicht die Herrschaft der Gesamtpartei, geschweige der Mehrheitswille der Menschen, sondern eine bürokratisch-diktatorische Führungsriege, die sich von den Bedürfnissen und Interessen vieler Menschen und der Mitglieder der eigenen Partei entfernt hatte. Alternative Konzep-

tionen sowie Kritik am Sozialismus oder nur an führenden Personen galten als „Konterrevolution“ oder feindliche „Agententätigkeit“.

In diesem Zusammenhang darf das Thema „MfS“ nicht ausgeklammert werden. Es hatte den Auftrag, den Feind aufzuklären, zu stören und zu bekämpfen. Das MfS sprach von „Maßnahmen der Zersetzung“. Kein noch so ehrenwerter Zweck heiligt solche Mittel. Auch wenn jeder Staat einen nach innen gerichteten Geheimdienst hat – das MfS hatte größtenteils eine andere Qualität. Dabei wird in der Debatte vor allem verkürzt auf das Wesen der „Spitzel“ abgezielt und die umfassendere Funktion der Staatssicherheit inklusive der Rolle der SED als Weisungsgeberin außen vor gelassen. Der Fakt, dass aktuellen Studien zufolge das Herrschaftssystem der DDR von den Menschen als vergleichsweise milde wahrgenommen wird, soll nicht dazu führen, dass wir unsere Bemühungen um die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte verringern. Diese Sicht auf die Geschichte ist weniger der Zustimmung für das Vergangene als vielmehr der Ablehnung des Bestehenden geschuldet. Nur wenn wir aus der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehen, sind wir überhaupt fähig, an einer humaneren Zukunft mitzuwirken.

Ja, die DDR war ein Staat, in dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen gehörte; in dem ein soziales Netz geschaffen wurde, das niemanden ins soziale Aus abgleiten lassen wollte. Viele ältere Mitglieder unserer Partei haben sich für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt und dafür verdienen sie meinen



und unseren Respekt. Zur Wahrheit gehört auch, dass versucht wurde, Mittel zu rechtfertigen, die sozialistische Ideale und die Menschenwürde verletzt haben. Es gab Unrecht und Leid, es mangelte an demokratischer Kontrolle und die Bezeichnung Rechtsstaat hatte die DDR nicht verdient. Allerdings – und das sage ich, nachdem ich mich aufgrund der Kritik nochmal intensiv mit verschiedenen Einschätzungen befasst habe – ist die Bezeichnung als „Unrechtsstaat“ genauso wenig korrekt. Es war der berechtigte Versuch einer sozialistischen Gesellschafts-Alternative, es war eine Diktatur und es gab Unrecht – als Unrechtsstaat kann man die DDR aber nicht bezeichnen.

Für diese Ungenauigkeit und für die Verletzungen, die meine Aussage vielleicht verursacht hat, möchte ich mich entschuldigen.

Die beiden angesprochenen Aspekte der DDR-Geschichte gehören zum Erbe der Partei DIE LINKE. Um die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft bestehen zu können, sollten wir unbedrängt die Kraft entwickeln, mit Ehrlichkeit und im Bewusstsein der Anerkennung und des Respekts gegenüber denjenigen, die sich gegen stalinistische Deformationen zur Wehr gesetzt haben, Vertrauen für die Zukunft zu schaffen.

Der entscheidende Konstruktionsfehler des Realsozialismus war

die ungenügende Verknüpfung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die Einparteienherrschaft schnürte Freiheit und Meinungsstreit ein. Andersdenkende wurden unterdrückt und ausgegrenzt – trotz des heeren Anspruches von Rosa Luxemburg. Die Folgen waren zunehmende geistige Enge, blockierte Kreativität, wirtschaftliche Ineffizienz, ökologische Rückständigkeit und sich zuspitzende politische Konflikte, die schließlich im Jahre 1989 zum Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems der DDR führten.

Peer Jürgens,  
MdL, Kreisvorsitzender  
DIE LINKE Oder-Spree

#### Buchtip



Daniela Dahn  
**Wehe dem Sieger!**  
Ohne Osten kein Westen,  
Rowohlt  
ISBN  
978 3 498 013295

## Landtag Brandenburg, Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE

# Versöhnung in der Verantwortung vor der Geschichte

Der Landtag möge beschließen:

Der 8. Mai 1945 war für die Deutschen ein Tag der Befreiung. Kurz darauf folgte der Kalte Krieg und damit die Teilung Deutschlands. In Ostdeutschland wurde eine Diktatur errichtet, in der Menschen nicht in Freiheit und Demokratie leben konnten. Biografien wurden zerstört, viele Menschen mussten Repressalien erleiden und kamen – unter anderem an den Grenzanlagen – zu Tode.

Mit der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und den Weg zu einer demokratischen Staatsordnung geebnet. Das ist ihr großes historisches Verdienst.

Vergangenheit darf die Zukunft nicht dominieren – Geschichte darf

nicht verdrängt oder vertuscht werden. Jeder Einzelne sollte sich selbstkritisch die Frage stellen, welche Verantwortung er selbst bis 1989 getragen hat, unabhängig davon, ob er in der SED, in einer der Blockparteien oder anderswo tätig war. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Der Respekt muss den Opfern gelten, das Andenken an erlittene Repressalien muss bewahrt werden.

Die Lehren der Geschichte müssen im gesellschaftlichen wie individuellen Leben wach gehalten werden. Das Verhalten vor 1989 soll in Brandenburg auch weiterhin „mit menschlichem Maß“ betrachtet und zugleich im Lichte der letzten 20 Jahre bewertet werden.

Vor diesem Hintergrund soll die Überprüfung der Abgeordneten des 5. Brandenburger Landtages auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR stattfinden. Ein Gesetzentwurf oder entsprechender Beschluss soll bis Ende 2009 vom Landtag verabschiedet werden.

Die Aufarbeitung von Geschichte ist nie abgeschlossen. Sie ist jedoch die Voraussetzung für Versöhnung, innere Einheit und neue Kraft – wenn sie kritisch, selbstkritisch, konstruktiv und mit Augenmaß vorgenommen wird. In diesem Geiste möge der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution begangen werden.

Potsdam, 20. Oktober 2009

Günter Baaske, für die SPD-Fraktion  
Kerstin Kaiser, für die Fraktion DIE LINKE

## Ruhestörung durch Flughafen BBI?

Statt Gefälligkeitsstudien über Nachtflugbedarfe von Fluglinien zu lancieren, sollten endlich die seit langem angekündigten Nachtflugregelungen für den BBI auf den Tisch von Parlament und Öffentlichkeit gelangen.

Zu Recht erwarten Anwohner und betroffene Kommunen von der Landesregierung, dass nun end-

lich den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts aus 2006 gefolgt wird und unter Berücksichtigung des Lärmschutzes für Anwohner eine nachvollziehbare Nachtflugregelung vorgelegt wird. Diese muss die Einhaltung des absoluten Flugverbotes zwischen 0 bis 5 Uhr sichern und eine Aufweichung dieses Verbotes durch vorgeschobene

„unabweisbare“ wirtschaftliche Nachtfluginteressen in den Randstunden (22 bis 24 und 5 bis 6 Uhr) verhindern.

Auch unmittelbar nach den Wahlen steht die Landesregierung im Interesse der Betroffenen in der Pflicht, die gerichtlichen Auflagen für ein Nachtflugverbot unverzüglich umzusetzen.

pj



# Der 60. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung

In diesen Wochen und Monaten begegnen sich im Jubiläumsrückblick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte zwei Ereigniskomplexe, die zugleich Zäsuren nationaler und internationaler Entwicklung sind. Mit der doppelten Staatsgründung 1949 wurden zum einen über vier Jahrzehnte deutsche Zweistaatlichkeit eingeleitet. Ihr voran ging die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches, in deren Folge in keinem Teil Deutschlands eine souveräne Entwicklung möglich und deutsche Politik überall den Interessen und Weisungen der jeweiligen Siegermächte unterworfen war. Zum anderen stehen die Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR für den Aufbruch zu demokratischer Selbstbestimmung, der neben den veränderten internationalen Rahmenbedingungen Wege zur staatlichen Vereinigung öffnete. Vollzogen wurde ein Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik.

## Beide Entwicklungsverläufe der deutschen Nachkriegsgeschichte als Erbe begreifen

Wie schon vor zehn Jahren fokussiert sich die offizielle Erinnerung an 1949 auf die Gründungsakte der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite deutsche Staat und seine Gründungsgeschichte tauchen meist nur als Negativfolie zur Erfolgsgeschichte West auf. Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Beitritt zur Bundesrepublik vor fast zwei Jahrzehnten machen jedoch reichlich vier Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit nicht ungeschehen. Dass die Sozialisierungserfahrungen der DDR-Gesellschaft langfristig nachwirken, dürfte inzwischen kaum bestritten werden. Unabhängig davon, ob das als „Nostalgie“ bergewöhnt oder als „ostdeutsches Selbstbewusstsein“ bewertet wird, wäre die Gesellschaft der Bundesrepublik gut beraten, beide Entwicklungsverläufe der deutschen Nachkriegsgeschichte als ihr Erbe zu begreifen. Beide Stränge münden in aktuelle Prozesse und politische Konstellationen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon wie sie im einzelnen bewertet und gewichtet werden.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland ging der

Bildung der Deutschen Demokratischen Republik voraus. Ihre Gründungsväter kalkultierten im Einvernehmen mit den Westmächten die Ausgrenzung Ostdeutschlands und folglich eine länger währende staatliche und nationale Spaltung bewusst ein. Diese Entscheidung erfuhr in der Folgezeit mit der Alleinvertretungspolitik eine weitere Zuspitzung. Erst deren Überwindung ermöglichte ab den 1970er Jahren eine teilweise Normalisierung der Beziehungen.

Die Gründung der Bundesrepublik als einzig rechtmäßigen Weg und die Gründung der DDR im Umkehrschluss als nicht legitim darzustellen, geht an der Wirklichkeit jener Jahre völlig vorbei. Die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg verlangten nach gesellschaftspolitischen Neuorientierungen. Von der Programmatik der unmittelbaren Nachkriegszeit haben sich jedoch alle deutschen Parteien entfernt und damit anfängliche Übereinstimmungen in ihren gesellschaftspolitischen Forderungen zum Schaden deutscher Einheit preisgegeben. Dass die Antworten auf die gemeinsame Ausgangssituation bald unterschiedlich ausfielen, war in den Auseinandersetzungen zwischen den politischen und sozialen Kräften in Deutschland und deren Polarisierung seit dem 1. Weltkrieg und der Novemberrevolution angelegt. Der Kalte Krieg forderte zudem seinen Tribut. Während im Westen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft überlebte und nach dem Demokratieverständnis der westlichen Besatzungsmächte umgestaltet wurde, vollzog sich im Osten unter dem Einfluss der Sowjetunion ein radikaler Umbau von Staat und Gesellschaft nach deren Muster. Dass sich das sowjetische Gesellschaftsmodell letztlich nicht als zukunftsfähig erwies, ändert nichts an den Hoffnungen und Leistungen der Gründer- und Aufbaugeneration sowie großer Teile der DDR-Bevölkerung. Allein aus dem Einfluss der Besatzungsmacht und den Mechanismen von Repression ist die relative Stabilität des zweiten deutschen Staates nicht zu erklären.

DIE LINKE verschließt sich nicht der notwendigen kritischen Rückschau. Das ergibt sich aus der historischen Verantwortung sowie aus den gegenwärtigen gesellschaftlichen Widersprü-

chen, die nach einer Alternative verlangen. Nur die kritische und selbstkritische Analyse des Scheiterns der DDR, aber auch die des geringen Einflusses linker Organisationen und Initiativen in der früheren BRD, kann den Weg für gesellschaftliche Zukunftspunkte öffnen. Die Reduzierung der DDR auf eine Repressionsgeschichte allerdings geht an der vielfältigen sowie widersprüchlichen Lebenswirklichkeit vorbei und führt zu Verwerfungen in der öffentlichen Geschichtsdebatte, die Aufklärung und Einsichten eher behindern als befördern. Der Versuch, die DDR mit Hilfe der Totalitarismuskonzeption schlechterdings als „zweite deutsche Diktatur“ in eine Reihe mit dem Faschismus zu stellen, ignoriert bewusst die gravierenden Unterschiede, vor allem ihre antifaschistische Entstehungsgeschichte und Staatsdoktrin. Solche Zweckkonstruktionen dürfen jedoch nicht davon abhalten, das Demokratiedefizit der DDR-Gesellschaft und das Ausmaß an Bevormundung und politischer Verfolgung zu benennen. Die aus der SED hervorgegangene Partei des demokratischen Sozialismus hat sich bereits auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 zu dieser Verantwortung bekannt und sich vom „Stalinismus als System“ eindeutig distanziert. Dieses Selbstverständnis bleibt eine Existenzbedingung für die Partei DIE LINKE.

Die DDR-Gesellschaft versprach, die Ideale der sozialistischen Bewegung – wie soziale Gerechtigkeit und die Aufhebung des Bildungsprivilegs – zu verwirklichen. Nicht zuletzt deshalb blieb trotz der vielfältigen Konflikte und allgegenwärtigen Deformationen vor allem die „Aufbaugeneration“ diesem Staat lange Zeit mehrheitlich in widersprüchlicher Loyalität verbunden. Die Traditionen der Demokratiebewegung hingegen kamen nur eingeschränkt zur Geltung. Die angestrebte Ausstrahlungskraft auf die Bundesrepublik konnte u. a. deshalb nie erreicht werden, was letztlich auch linken Kräften im Westen Grenzen setzte. Die wachsenden Rückstände in der Produktivität und beim Lebensstandard im Osten führten vielmehr zu einem Wettbewerbsvorteil der Bundesrepublik und zu wachsender Anziehungskraft eines lernfähigen Kapitalismus

mit seiner sozialen Marktwirtschaft. Dennoch lassen sich zwischen den beiden deutschen Staaten im Rückblick viele wechselseitige Abhängigkeiten und asymmetrische Verschränkungen ausmachen. Manche Ereignisse und Vorgänge erschließen sich erst aus diesem Blickwinkel. Die Systemkonfrontation verlangte sowohl den Bezug auf den nationalen Konkurrenten als auch die deutliche Abgrenzung von ihm.

Der Ausgang des Systemwettbewerbs begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse auf die unterlegene Seite zu beschränken. Die vorherrschende Geschichtspolitik zielt auf die Delegitimierung der DDR. Die gesellschaftlichen Konflikte und der Reformbedarf der BRD, der bereits vor 1990 offensichtlich war, geraten dabei aus dem Blickfeld. Bewusstes politisches Handeln verlangt aber dringend nach einer kritischen Rückschau auf die Geschichte der Gesellschaft, die in der Systemauseinandersetzung des 20. Jahrhunderts zwar überlegen war, deren Probleme mit diesem Sieg aber nicht verschwanden.

Der Herbst 1989 brachte für Deutschland und die Linken gravierende Einschnitte: Im Osten Deutschlands griffen große Teile der Bevölkerung unmittelbar in die Politik ein. Heterogene Kräfte mit unterschiedlichen Motiven und Zielen drängten auf die politische Bühne. Insofern war es unausbleiblich, dass in der Folgezeit ein Differenzierungsprozess einsetzte. Viele der damaligen Akteure kehrten enttäuscht in die politische Passivität zurück; manche begaben sich unter das Dach der etablierten westdeutschen Parteien, die mit dem demokratischen Aufbruch des Jahres 1989 nichts im Sinne hatten; nur eine Minderheit verfolgt auch unter den veränderten Bedingungen wiedergewonnener staatliche Einheit weiterhin die Ursprungsanliegen der 1989er Bewegung.

## Selektive Geschichtsbetrachtung kann nicht das letzte Wort sein

Die offizielle Geschichtserzählung und die Jubiläumsfeiern der BRD rücken den Mauerfall in den Mittelpunkt der "friedliche Revolution" des Herbstes 1989. Nach 56 Jahren unter „zwei Diktaturen“ hätten die Ostdeutschen die SED-Herrschaft abgeschüttelt und den

# g 1949 und der 20. Jahrestag des Epochenumbruchs 1989.

Weg in die heile Welt der Bundesrepublik mit sozialer Marktwirtschaft und funktionierender parlamentarischer Demokratie gefunden. Die Grenzöffnung im November 1989 und der darauf folgende rasche Beitritt der DDR zur Bundesrepublik 1990 werden aus dieser Sicht zum Höhe- und Schlusspunkt jüngerer deutscher Geschichte.

Für die LINKE kann solch selektive Betrachtung, die in den heutigen Zuständen, d. h. im Kapitalismus, die Erfüllung der Geschichte sieht, nicht das letzte Wort sein. Sie sieht im demokratischen Aufbruch der DDR-Bürger im Herbst 1989 den Versuch einer demokratischen Revolution für eine bessere DDR, der mit der Grenzöffnung am 9. November durch die alte SED-Führung die Spitze genommen und die wenig später unter massiver Einflussnahme der westdeutschen politischen Klasse sowie ihrer Parteien und Institutionen abgebrochen und in eine kapitalistische Restauration übergeleitet wurde.

Die Charakterisierung der Ereignisse im Herbst 1989 als demokratische Revolution, die sich gegen verknöcherte administrativ-zentralistische Strukturen richtete, mag manche Linke, die allein das Resultat sehen, verunsichern. Wenn aber große Teile eines Volkes, unter Beteiligung beträchtlicher Teile der Staatspartei die bisherigen Machtverhältnisse in Frage stellen, ihre Führung zum Teufel jagen und versuchen, neue politische Strukturen von unten her aufzubauen, dann bleibt das eine Revolution, auch wenn das Resultat von manchen der Akteure nicht gewünscht war.

## Sprachlose SED-Führung verweigerte Dialog

Dieses Verständnis der Ereignisse von 1989/90 schließt zwei zentrale Einsichten ein: Die DDR steckte wie der gesamte Ostblock 1989 in einer tiefen Krise, die alle gesellschaftlichen Bereiche - Ökonomie, Ideologie, Öffentlichkeit und Macht - erfasst hatte. Nach Reformverzicht und -unterdrückung in den späten 1960er Jahren standen grundlegende Veränderungen auf der Tagesordnung. Das praktizierte sozialistische Gesellschaftsmodell, das das Machtmonopol einer Partei und ihrer Führungsgruppe zementierte, eine willkürliche Sicherheitsdoktrin umsetzte,

demokratische Öffentlichkeit und Interessenvermittlung weitgehend ausschloss und nicht zuletzt auf Wirtschaftsreformen verzichtete, war zwar nicht mehr das des Hochstalinismus mit seinen hemmungslosen Repressionen. Aber Bürger wie Parteimitglieder spürten, dass ihre Meinung nicht gefragt war. Sie erlebten, dass abweichendes Verhalten teilweise immer noch zu Repressalien führte und, dass demokratische Freiheiten, wie sie die DDR-Verfassung formal garantierte, nicht praktiziert werden konnten. 1989 entlud sich das, was nicht erst seit 1968 in Osteuropa auf der Tagesordnung stand. Bereits im Februar 1989 zwang im Nachbarland Polen die oppositionelle Gewerkschaft Solidarnosc Vertreter der regierenden PVAP zu Gesprächen an den Runden Tisch. Im August wurde dort ein erster nichtkommunistischer Ministerpräsident gewählt. Die jahrzehntelange Verweigerung von ernsthaften Reformen des Systems, die Politik der Blockaden, setzte letztlich auch einer „Revolution im System für das System“ Grenzen.

Die Reaktionen auf die Krise waren in der DDR unterschiedlich. Nicht wenige, gerade jüngere Menschen wandten sich von ihrem Staat und seinen Idealen ab und suchten ihr Heil in Flucht oder Ausreise. Die mit der Perestroika verbunden Hoffnungen zerstoßen angesichts der starren Haltung der SED-Führung. Andere, meist außerhalb der SED stehende kritische Bürger, wollten sich mit Krise und Flucht nicht abfinden. Sie formierten sich unter dem Dach der Kirche und in Diskussionskreisen, um über Alternativen zu reden. Doch die sprachlos gewordene SED-Führung verweigerte sich dem notwendigen Dialog. Im Zusammenhang mit den gefälschten Kommunalwahlen vom Mai und dem Massenexodus vom Sommer 1989 formierten sich oppositionelle Kräfte zu Bürgerbewegungen. Erst jetzt und viel zu spät erwachten viele SED-Mitglieder und Funktionäre.

Für eine demokratische Revolution mit antistalinistischer Stoßrichtung spricht ebenfalls, dass die Bürgerbewegungen und die meisten Bürger, die im September und Oktober auf die Straße gingen, eine andere DDR und die Erfüllung der Ideale des Sozialismus einforderten. Die deutsche Einheit oder die Rück-

kehr zum Kapitalismus standen zunächst nicht auf ihrer Agenda. Die Protestierenden fanden in nachdenklich und zunehmend aufmümpflich werdenden Teilen der SED-Mitgliedschaft Verbündete, die selbst in den Sicherheitsorganen begriffen, dass dieses Land nicht durch Gewalt ruhig gestellt, sondern nur durch Reformen zu ändern war. Die Repressalien im Umfeld der Oktoberfeiern brachten das Fass zum Überlaufen.

Die Aktionen der Bürgerbewegungen und das Umdenken in der SED gaben jene Mischung ab, die der alten DDR und der alten SED ein Ende setzte. Mit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 machten sich reformbereite Teile der SED auf einen schwierigen Weg der Erneuerung. Für die Rettung des Sozialismus und der DDR war es - wie sich herausstellte - zu spät, aber es war der erklärte Bruch mit der eigenen stalinistischen Vergangenheit, der sozialistischen Ideen und ihren Trägern eine neue Chance eröffnete.

Der Sturz der alten SED-Führung und die Rückkehr der Initiative in die Hände der Bevölkerung, die sich in den vielen Vertrauensabstimmungen in den Betrieben und in der Arbeit der Runden Tische manifestierte, war der Erfolg des Herbstes 1989. Es war der Beginn einer kurzen Utopie im 41. Jahr der DDR, in dem sie ihren Gründungsidealen am nächsten kam. Diese Veränderungen waren nicht in erster Linie das Werk der SED oder ihrer Reformen. Aber ohne das Umdenken in der Partei ist diese Entwicklung gleichfalls nicht zu verstehen.

## Zwiespältige Bilanz für die Ostdeutschen

Mit der Maueröffnung verlor diese Revolution ihre Basis. Die politische Stimmung in der DDR war inzwischen gekippt. Das Verhältnis von Bürgerbewegungen und SED-Reformern blieb von Misstrauen geprägt und durch die schleppende Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit auf lange Zeit zerrüttet bzw. feindselig. Vor allem aber dominierte in der Massenstimmung nun die Sehnsucht nach einem Weg ohne Experimente. Die Bundesrepublik mit ihrer Wirtschaftskraft und ihren sozialen Standards bot sich als Lösung an. Die Wahlen zur

Volkskammer am 18. März brachten jene Kräfte in Verantwortung, die bereit waren, auf eigene Wege zugunsten eines raschen Beitritts zur Bundesrepublik zu verzichten.

Die Bilanz fällt für die Ostdeutschen zwiespältig aus. Sie gewannen bürgerlich-demokratische Institutionen und gesetzlich garantierte Freiheiten, eine konvertierbare Währung, Reisemöglichkeiten und Zugang zu einem riesigen Konsumgüterangebot. Bausubstanz und Infrastruktur ihrer Städte und Gemeinden verbesserten sich in den Folgejahren sichtlich. Zugleich büßten sie soziale Rechte ein. Ihnen wurden enorme Anpassungsleistungen abverlangt. Viele verloren ihren Arbeitsplatz. Der versprochene selbsttragende Aufschwung kommt nach der gezielten Deindustrialisierung nur schwer in Gang. Die Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten lässt auch nach fast zwei Jahrzehnten auf sich warten. Im Westen der vergrößerten Bundesrepublik änderte sich durch die Umbrüche im Osten zunächst nichts. Im Laufe der Jahre zeigte sich jedoch, dass der Osten Deutschlands als neoliberales Experimentierfeld diente, um danach Deregulierung und Sozialabbau auf ganz Deutschland auszuweiten. Auch die Veränderungen der politischen und Parteienlandschaft sind inzwischen deutlich geworden.

Den Linken bleibt die Erfahrung, dass Krisen über Nacht Massen politisieren können, dass es aber weit schwieriger ist, Proteste und Bewegungen durch Organisation und Programm zu verstetigen. Ihnen bleibt die Erfahrung, dass sie sich in der Krise als Partei des demokratischen Sozialismus neu zu formieren wussten, sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik behaupten und mit linken Strömungen in den alten Bundesländern zu einer neuen politischen Kraft formieren konnten, die ein breites Spektrum gesellschaftskritischer Kräfte vereint.

*Diese Erklärung wurde von Stefan Bollinger und Jürgen Hofmann ausgearbeitet, in der Historischen Kommission am 13. Juni 2009 diskutiert und vom Sprecherrat am 1. Juli 2009 verabschiedet. Quelle: „<http://www.die-linke.de/index.php?id=5217>“. (Zwischenüberschriften: Redaktion Widerspruch)*



**Renate Adolph**  
gewann den Landtagswahlkreis 31 mit 34 % (13 339 Stimmen)

Wählerinnen und Wähler im LOS haben entschieden

## Wahlsieg für DIE LINKE – eine Herausforderung

DIE LINKE hat die Wahlen am 27. September im Landkreis Oder-Spree gewonnen. So simpel ließen sich die Ergebnisse der Bundes- und Landtagswahlen zusammenfassen.

### Dafür noch mal ein Danke!

Aber vorweg möchte ich mich als Kreisvorsitzender ganz herzlich bei unseren Wählerinnen und Wählern einerseits, aber genauso herzlich bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern andererseits bedanken. Unser großartiges Ergebnis konnten wir nur erringen, weil so viele engagierte Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten intensiv Wahlkampf gemacht, Flyer verteilt, Plakate gehängt und Gespräche geführt haben. Auch wenn diese Doppel-Wahl eine große organisatorische und leistungsmäßige Herausforderung war, haben wir als Kreisverband gezeigt, dass wir – noch – sehr gut aufgestellt sind. Dennoch lohnt es sich, einen detaillierteren Blick auf die Zahlen und den Wahlkampf zu werfen.



**Helga Böhnisch**  
gewann den Landtagswahlkreis 29 mit 32,8 % (10 950 Stimmen)



**Peer Jürgens**  
gewann den Landtagswahlkreis 30 mit 30,6 % (10 131 Stimmen)



**Gerlinde Stobrawa**  
gewann den Landtagswahlkreis 271 mit 32,5 % (11 844 Stimmen)

### Bundestagswahl

Die Ergebnisse sind ein überragender Erfolg für DIE LINKE. Noch nie gab es eine so große Fraktion von uns im Bundestag mit derart vielen direkt gewählten Abgeordneten. Obwohl leider eine schwarz-gelbe Regierung nicht verhindert werden konnte, sind wir dennoch als nunmehr wirklich gesamtdeutsche und starke LINKE die größte linke Oppositionskraft.

Im Land Brandenburg konnten wir zwar prozentual deutlich zulegen, haben aber insgesamt aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung knapp 20 000 Stimmen verloren. Das ist aber im Vergleich zu

anderen Parteien ein sehr kleines Minus. Überwältigend ist der Gewinn von allen vier Direktmandaten im Osten des Landes. **Wolfgang Nešković** (Cottbus/Spree-Neiße), **Thomas Nord** (Oder-Spree/Frankfurt (Oder)), **Dagmar Enkelmann** (Märkisch-Oderland) und **Sabine Stüber** (Uckermark) sind nun vier direkt gewählte Abgeordnete aus Brandenburg. Besonders der Sieg von Thomas Nord in unserem Landkreis hat viele überrascht und besonders gefreut – eine lange Ära geht damit zu Ende. Nachdenklich sollte uns hier nur stimmen, dass Lothar Bisky 2004 mit fast 5.000 Stimmen mehr als die Partei selbst deutlich stärker über unsere Klientel hinaus werben konnte, bei der Wahl 2009 liegen Kandidat und Partei gleich auf. Das macht sich auf Kreisebene auch in den Zahlen deutlich – während wir bei den Zweitstimmen deutlich zulegen konnten, müssen wir bei den Erststimmen leichte Verluste verzeichnen. Dennoch ist unser Vorsprung vor der SPD (bei den Erststimmen 4% und bei den Zweitstimmen 7%) mehr als deutlich – was jedoch auch an der Schwäche der SPD selbst lag. Das alles soll aber nicht darüber hinweg täuschen, dass wir in unserem Landkreis ein Spitzenergebnis erreicht haben, welches sogar 2% über dem der Landespartei liegt.

### Landtagswahl

Ähnlich grandios muss man das Ergebnis bei den Landtagswahlen bezeichnen. Wir haben alle vier Direktmandate in Oder-Spree verteidigt – teilweise mit einem riesigen Vorsprung. Ob Renate Adolph (8 Prozent vor Gunter Fritsch), Gerlinde Stobrawa (5 Prozent vor Klaus Ness) oder Helga Böhnisch (6 Prozent zu Peter Müller) – alle konnten deutlich mehr Stimmen gewinnen als die Partei, alle haben von ihrer langjährigen guten Arbeit im Wahlkreis profitiert. Dass auch ich als „Neuling“ mit einem knappen halben Jahr Zeit in meinem Wahlkreis gegen die omnipräsente Elisabeth Alter mit 71 Stimmen Vorsprung gewinnen

**Konsequent sozial für Brandenburg.**  
**DIE LINKE.**

www.brandenburg-waehlt-rot.de

konnte, war sicher für viele eine ebenso freudige Überraschung. Auf Kreisebene liegen wir bei diesen Wahlen prozentual in etwa auf dem Level der letzten Wahlen, wir konnten allerdings bei der höheren Wahlbeteiligung jeweils rund 5 000 Stimmen dazu gewinnen. Damit konnten wir fast ein Drittel der bisherigen Nicht- und der Neuwähler gewinnen – eine bessere Quote als im Landesergebnis. Auch hinsichtlich des Zweitstimmen-Ergebnisses liegen wir mit 2,6 Prozent deutlich vor dem Landesergebnis.

### Bürgermeisterwahl

Eine Abschluss der „Wahlgorgie“ bildeten die Wahlen in Eisenhüttenstadt und Beeskow. Während Dagmar Püschel sehr deutlich bereits im ersten Wahlgang mit über 53 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, zog in Beeskow Dr. Karin Niederstraßer als Zweiteplatzierte in die Stichwahl ein. Dort konnte sie mit einem intensiven Endspurt nochmals mehr Stimmen erhalten als im ersten Wahlgang, verlor aber doch deutlich gegen Frank Steffen (SPD). Dennoch haben wir bei beiden Wahlen bewiesen, dass wir eine starke kommunale Kraft sind – Dagmar wird das ab Frühjahr 2010 auch aktiv unter Beweis stellen können.

### Oder-Spree bleibt rot

Alles in allem konnten wir unser Wahlziel – Oder-Spree bleibt rot – voll erfüllen. Nach ersten Auswertungen wurden die Kreisgeschäftsstelle und das Kreiswahlbüro für die organisatorische und konzeptionelle Arbeit im Wahlkampf gelobt. Die Wahlkampf-Führung

		Erststimme		Zweitstimme	
		Ergebnis	Veränderung	Ergebnis	Veränderung
Bundes- tagswahl	Bbg.	29,7 %	+2,7 %	28,5 %	+1,9 %
	LOS	31,1 %	-0,8 %	30,6 %	+2,2 %
Land- tagswahl	Bbg.	29,5 %	-2,6 %	27,2 %	-0,8 %
	LOS	32,4 %	-0,5 %	29,8 %	-0,1 %

in den Basisorganisationen lief trotz der Fülle an Materialien und trotz des langen Wahlkampfes sehr gut und engagiert. Sorgen bereiten mir die weißen Flecken, die in diesem Wahlkampf nur unter hohem personellem Aufwand abgedeckt werden konnten. Wir müssen in den kommenden Jahren den Kreisverband organisatorisch auf die kommenden Wahlkämpfe

noch besser vorbereiten. Auch die neuen Formen des Wahlkampfes, die teilweise schon erprobt wurden, müssen in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen.

### Sozial auch nach der Wahl

Der Kreisverband der LINKEN Oder-Spree geht gestärkt aus den Wahlen am 27. September 2009

hervor. Wir sind die Wahlsieger in unserem Landkreis. Daraus erwächst natürlich – auch mit einer Rot-Roten Regierung – eine besondere Verantwortung für den Kreis. Wir dürfen uns jetzt nicht auf dem Ergebnis ausruhen, sondern müssen weiter bei den Menschen sein – sozial, auch nach der Wahl.

*Peer Jürgens, Vors. DIE LINKE Oder-Spree, Kreiswahlkampfleiter*



**Thomas Nord**  
gewann den Bundestagswahlkreis 63 mit 32,3 % (43 585 Stimmen)

Die neue Bürgermeisterin von Eisenhüttenstadt erklärt

## Eisenhüttenstadt hat LINKS gewählt

Im zweiten Anlauf hat es geklappt. Ich wurde am 27. September zur Bürgermeisterin von Eisenhüttenstadt gewählt. Am 6. Januar 2010 trete ich mein Amt an.

Ich bin am 1. Mai sozusagen in meinen Wahlkampf hineingestolpert, und zwar richtig! Mit einem komplizierten Armbruch fing es an. Der hatte aber auch sein Gutes. Acht Wochen lang musste ich alles mit „links“ machen. Das war ein gutes Training für später!

Der Wahlkampf um das Bürgermeisteramt in Eisenhüttenstadt war mehr als heiß. An nahezu jeder Kreuzung präsentierte sich der Amtsinhaber Herr Werner (SPD) im Großformat. Während der letzten Wochen hingen an mehreren Gebäuden der Stadt riesige knallrote Banner mit der Aufschrift: „Wir wählen Rainer Werner“ – auch an

der Praxis meines damaligen Zahnarztes.

Firmenautos fuhren mit ebensolchen Aufklebern durch die Stadt. In allen regionalen Zeitungen waren riesige Annoncen mit Unterstützerunterschriften für den Amtsinhaber geschaltet.

Für mich war diese Materialschlacht ein Zeichen von Schwäche. Auf diesen Stil wollte ich mich nicht einlassen. DIE LINKE hat in Eisenhüttenstadt ihren Straßenwahlkampf mit unzähligen Bürgergesprächen geführt. Im Mittelpunkt stand dabei, wofür wir in der Stadt, im Land und in der Bundesrepublik stehen. Das Feedback war überwiegend positiv. Was ja das spätere Wahlergebnis bestätigte. Von ganzem Herzen bedanke ich mich bei allen fleißigen Wahlhelferinnen und -helfern, unter ihnen

auch Frauen und Männer, die nicht Mitglied meiner Partei sind.

8 597 Bürgerinnen und Bürger (53,4 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 63,5 Prozent) haben mir ihr Vertrauen ausgesprochen. Das werde ich nicht enttäuschen.

Bürgernähe und Transparenz spielten für mich im Wahlkampf eine wichtige Rolle. Mit der Umsetzung meines Programms beginne ich unmittelbar nach meinem Amtsantritt: mit speziellen Sprechstunden zum Thema „Wohnen in Eisenhüttenstadt“, durch Bürgersprechstunden in jedem Wohngebiet, mit Einbindung von Beiräten, Vereinen, Verbänden, Schüler- und Elternsprecher der Schulen in die Entscheidungen der Stadt.

*Dagmar Püschel, Vorsitzende der LINKEN in Eisenhüttenstadt und der Fraktion DIE LINKE in der SVV*



**Dagmar Püschel**  
gewann die Bürgermeisterwahl in Eisenhüttenstadt mit 53,4 % (8 597 Stimmen)

### Dank allen WahlkampfspendenderInnen

Der Kreisvorstand möchte sich bei den 324 Spenderinnen und Spendern ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie uns bei der Finanzierung des Wahlkampfes so unterstützt haben. Im Rahmen der Spendenaktion wurden bisher 12 293 € erfasst. 29 Spenden beliefen sich auf 100 € und mehr: aus Hoppegarten: *Renate Adolph*, 270 €; aus Fürstenwalde: *Klaus Joseph*, 150 €, *Alois Trnka*, 100 €; *Gerold Sachse*, 100 €; aus Eisenhüttenstadt: *Ralf Benkenstein*, 100 €; *Dr. med. Elke Chesin*, 100 €; *Frank Karls*, 100 €; *Helga Böhnisch*, 250 €; aus Schlaubetal: *Joachim Buchwalder*, 200 €;

aus Lübbenau: *Jan Kotzan*, 480 €; aus Beeskow: *Alfred Mettke*, 100 €; *Jürgen Schenk*, 500 €; *Dr. Karin Niederstraßer*, 100 €; aus Bad Saarow: *Gerlinde Stobrawa*, 500 €; *Anke Reincke*, 200 €; *Dr. med. Bernd Gestewitz*, 100 €; *Dr. Klaus Mannchen*, 100 €; *Prof. Dr. Dieter Radtke*, 100 €; aus Schöneiche: *Dr. Artur Pech*, 320 €; *Gerd Hoff*, 100 €; *Wolfgang Wittmer*, 100 €; *Hans-Jürgen Bober*, 100 €; *Dr. Manuela Bober*, 100 €; *Beate Simmerl*, 100 €; aus Erkner: *Peer Jürgens*, 1 000 €; *Dr. Lothar Kober*, 400 €; *Kurt Neubert*, 150 €; *Dietmar Sammler*, 100 €; aus Neu Zittau: *Monika Huschenbett*, 100 €.

### Delegierte zu Bundes-, Landesparteitagen und Mitglieder des Parteirates gewählt

Die Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE Oder-Spree am 7. November 2009 in Beeskow wählte folgende Delegierte:

- Bundesparteitag (Zyklus 2010/2011): Peter Engert (Fürstenwalde), Ursula Paape (Erkner), Dr. Artur Pech (Schöneiche), Renate Westphal (Eisenhüttenstadt)
- Landesparteitag Brandenburg (Zyklus 2010/2011): Helga Böhnisch (Eisenhüttenstadt), Tanja Hellak (Eisenhüttenstadt), Monika Huschenbett (Neu Zittau), Peer Jürgens (Erkner), Dr. Jörg Mernitz (Eisenhüttenstadt), Dr. Artur Pech (Schöneiche), Dagmar Püschel (Eisenhüttenstadt), Christopher Voss (Storkow)
- Landesausschuss Brandenburg (Zyklus 2010/2011): Peter Engert (Fürstenwalde), Tanja Hellak (Eisenhüttenstadt)

Karin Niederstraßer – Weiterhin aktiv links

## Ergebnis der Bürgermeisterwahl in Beeskow



*Diskussionsrunde beim Fest der Demokratie am 12. September 2009 in Beeskow, v.l.n.r.: Frank Steffen (SPD), Karin Niederstraßer (DIE LINKE), Kerstin Wietekind (parteilos), Eberhard Birnack (CDU)*

Vier Kandidaten, zwei Frauen und zwei Männer, traten am 27. September zur Bürgermeisterwahl in Beeskow an. Im ersten Wahlgang erreichte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, so dass die Beiden mit den besten Ergebnissen, Frank Steffen (SPD) und Karin Niederstraßer (DIE LINKE), am 18. Oktober in die Stichwahl gingen.

Frank Steffen konnte diese Wahl mit 59,02 Prozent der Stimmen für sich entscheiden. Dafür herzlichen

Glückwunsch! Wir hoffen, dass er zu seinen Vorhaben steht und sie in Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten und Beeskower Bürgern umzusetzen vermag. Im fairen Wettstreit sind im Wahlkampf viele gute Ideen geboren worden. Wir wünschen Herrn Steffen den Mut, gute Vorschläge seiner Mitbewerber aufzugreifen und sie im Interesse der Bürger Beeskows in seine Vorhaben einzubeziehen.

Mit 40,98 Prozent in der Stichwahl erreichte Karin Niederstraßer einen Achtungserfolg. Dieses Ergebnis zeugt von dem Ansehen und Vertrauen, dass sie sich durch ihr bürgernahe Wirken als Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Beeskower Stadtparlament erworben hat.

Bei vielen Begegnungen, in Gesprächen in Einrichtungen und Verbänden sowie in den Ortsteilen wurden auch in den Wochen des Wahlkampfes zahlreiche Probleme und Anliegen an sie herangetragen. Wir sind sicher, dass sie diese Anregungen der Bürger nicht unter den Tisch fallen lässt, sondern in

der für sie typischen Art aufnimmt und sie in ihre Abgeordneten-tätigkeit einfließen werden.

*Edelgard Liebscher, Beeskow*

### Danke

Auch auf diesem Wege möchte ich mich bei meinen Wählern für das mir entgegengebrachte Vertrauen sowie bei allen Helfern für ihre aktive Unterstützung im Wahlkampf bedanken.

Als Stadtverordnete engagiere ich mich auch weiterhin für eine

- sozial gerechte und bürgernahe,
- familienfreundliche und lebenswerte,
- tolerante und einladende Kreisstadt Beeskow.



**Dr. Karin Niederstraßer**  
erreichte bei der Bürgermeisterwahl in Beeskow mit 40,98 % (1304 Stimmen)

Vorschlag – Hauptsatzung des Landkreises ändern

## Als starke LINKE in Verantwortung für den Kreis Oder-Spree

DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree wird sich in den nächsten Monaten mit zahlreichen Initiativen für den Landkreis stark machen. Die neuen Verhältnisse im Kreistag schaffen die Möglichkeit, ohne ideologische Scheuklappen mit wirklichen Sachentscheidungen den Landkreis gerechter und ökologischer zu machen.

Das ist das Ergebnis der Klausurtagung der Kreistagsfraktion in Beerfelde am 10. Oktober. Wir sind nach den Wahlen am 27. September mit dem Gewinn aller Direktmandate bei den Bundes- und Landtagswahlen die stärkste Partei in Oder-Spree – diese Verantwortung nehmen wir wahr. Die Menschen haben mit ihrer Stimme für DIE LINKE Hoffnung in uns gesetzt, und die werden wir versuchen umzusetzen. Dazu hat sich

die Kreistagsfraktion auf konkrete Punkte verständigt, die im Laufe der nächsten Wochen und Monate vorgestellt werden.

### Für mehr Bürgerbeteiligung

Einer dieser Punkte wird die Hauptsatzung des Landkreises sein. Wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitwirkungsrechte und mehr Transparenz in der Politik im Kreis, und dafür muss die Hauptsatzung geändert werden. DIE LINKE wird ihre Vorschläge auf den Tisch legen, und dann ist es an den anderen Parteien und am alten und neuen Landrat, mit uns zusammen den Landkreis positiv zu verändern.

### Fraktionsvorstand gebildet

Um die Arbeit künftig noch wirksamer gestalten zu können, wurde

in Beerfelde außerdem ein Fraktionsvorstand gebildet. Ihm gehören an:

- Monika Huschenbett, Neu Zittau-Gosen, Fraktionsvorsitzende
- Dr. Artur Pech, Schöneiche, stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Dr. Eberhard Sradnik, Leißnitz, Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft
- Prof. Eva Böhm, Woltersdorf, Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Verkehr
- Peer Jürgens, Erkner, Vorsitzender der DIE LINKE Oder-Spree

Landratswahl in Oder-Spree mit Überraschung

## Landrat Manfred Zalenga wiedergewählt

Am 30. September 2009 kam der Kreistag des Landkreises zu seiner 8. Sitzung zusammen. Hauptthema war die mit Spannung erwartete Wahl des Landrates für die nächsten 8 Jahre.

### Ein kurzer Rückblick

In seiner 5. Sitzung am 22. April 2009 hatte eine Kreistagsmehrheit, bestehend vor allem aus den Fraktionen der SPD-Bündnis90/DIE GRÜNEN, von CDU und dem Bürgerverband Oder-Spree (BVOS) verhindert, dass der nächste Landrat/die nächste Landrätin in Oder-Spree direkt durch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gewählt werden kann. Vielmehr spekulierten vor allem die kooperierenden Fraktionen SPD-Bündnis90/DIE GRÜNEN und CDU darauf, dass mit der indirekten Wahl durch den Kreistag ihr Kandidat – Dr. Eckhard Fehse, seines Zeichens 1. Beigeordneter und Kämmerer des Landkreises – relativ sicher in das Amt des Landrates gewählt werden könnte. Die Begründungen, welche aus den beiden Fraktionen für die indirekte Wahl, gegen die von der SPD-CDU-Landesregierung in der novellierten Kommunalverfassung ab 2010 festgeschriebene Direktwahl der Landräte in Brandenburg, vorgebracht wurden, sind schon recht abenteuerlich.

Herr Hilke (CDU) wehrte sich gegen eine „übertriebene Politisierung“ des Amtes, warnte vor Populismus und befürchtet, dass mit einem direkt gewählten Landrat „zunehmend fachfremde“ Entscheidungen fallen würden. Interessant, wenn man bedenkt, dass Herr Hilke noch vor wenigen Jahren als Generalsekretär der CDU Brandenburg vehement die Direktwahl forderte.

Auch die Fraktionsvorsitzende der SPD-Bündnis90/DIE GRÜNEN im Kreistag, Frau Kilian, gab durchaus bemerkenswerte Statements von sich und stellte den Sinn der Direktwahl der Landräte stark in Frage. Vor allem verwies sie darauf, dass durch direkte Bürgerbeteiligung die Meinung der Abgeordneten durch „Sonderinteressen unterlaufen“ werden könnte. Auch ist für sie der Landrat nur ein Voll-

zugsorgan und der verlängerte Arm der Landesregierung – und damit aus ihrer Sicht für eine Direktwahl ungeeignet.

Nachdem die Entscheidung am 22. April 2009 in namentlicher Abstimmung mit 28 zu 25 Stimmen zugunsten der indirekten Wahl gefallen war (unsere Fraktion votierte ausnahmslos für die Direktwahl), erfolgte die Ausschreibung für die Bewerbungen um das Amt des Landrates in üblicher Weise.

### Die KandidatInnen

Nach der Ausschreibung gab es drei BewerberInnen: Herr Dr. Eckhard Fehse (SPD), Frau Angelika Seidemann (parteilos) und Herr Manfred Zalenga (parteilos) – amtierender Landrat.

Die Kandidaten präsentierten in unterschiedlicher Weise ihr durchaus auch unterschiedliches Verständnis von Kommunalpolitik im Landkreis und ihre Vorstellungen für die Entwicklung des Landkreises und der Kreisverwaltung. Frau Seidemann als Seiteneinsteigerin hatte sicherlich die schlechtesten Karten, offenbarte allerdings auch wenig Widerstands- und Protestwillen gegen Vorhaben der Landesregierung – z. B. gegen die Untersuchungen zur CO<sub>2</sub>-Verpressung im Landkreis.

Herr Dr. Fehse konzentrierte sich in seiner Vorstellung vor allem auf einen Umbau, ein Leitbild und die Effektivierung der Kreisverwaltung sowie Themen der Wirtschaftsförderung und des Tourismus.

Herr Zalenga wiederum setzt auf Kontinuität in der Entwicklung des Landkreises vor allem in seiner Ausgleichsfunktion zwischen den Städten, Ämtern und Gemeinden. Die Kreisverwaltung spielt für ihn dabei ebenso eine wichtige Rolle als Dienstleister für die Bürger. Und nicht zuletzt sei ihm der direkte Kontakt zu möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern eine wesentliche Rückkopplung zu seiner Tätigkeit.

Nach intensiven Diskussionen in der Fraktion, nach Auswertung der Erfahrungen der zurückliegenden Wahlperiode und Einschätzung möglicher Handlungsalternativen unserer Fraktion im Kreistag bei

dem einen oder anderen Kandidaten verständigten wir uns auf eine Unterstützung für Herrn Zalenga.

### Die Wahl

Auch aufgrund der Ergebnisse im Landkreis bei den Bundes- und Landtagswahlen versprach es ein spannender Abend zu werden. Eigentlich hatte wohl kaum jemand damit gerechnet, dass es bereits im 1. Wahlgang zu einer klaren Entscheidung kommen könnte. Zu knapp war die rechnerische Aufteilung der Stimmverhältnisse im Kreistag.

Zur Erläuterung: Die „Unterstützer-Fraktionen“ von Dr. Fehse – SPD/Bündnis90/DIE GRÜNEN und CDU – verfügen über 27 Abgeordnete im Kreistag, von denen einer in der Sitzung fehlte. DIE LINKE verfügt über 16 Abgeordnete – alle waren anwesend. Weiterhin sind die FDP mit 5 Abgeordneten, der BVOS mit 5 Abgeordneten und die NPD mit 3 Abgeordneten (eine fehlte) im Kreistag vertreten. Der Kreistag besteht damit aus 56 Abgeordneten plus Landrat, der aber nicht mitwählen durfte, so dass für eine Entscheidung im 1. Wahlgang eine Mehrheit von 29 Stimmen erreicht werden musste.

### Das Ergebnis

Das Erstaunliche des geheimen

1. Wahlganges lautete dann:

33 Stimmen für Herrn Zalenga

21 Stimmen für Herrn Dr. Fehse

0 Stimmen für Frau Seidemann.

Damit gab es eine klare Entscheidung für eine zweite Amtsperiode von Manfred Zalenga als Landrat.

Für uns bedeuten das Wahlergebnis und die Wahl von Manfred Zalenga, dass wir eine neue Qualität der Zusammenarbeit mit dem alten und neuen Landrat anstreben werden. Aber auch unsere Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Kreistag (die NPD ist keine Fraktion) werden wir neu überdenken müssen, um unsere formulierten Ziele für den Landkreis weiter umsetzen zu können.

Monika Huschenbett  
 Fraktionsvorsitzende Die LINKE im  
 Kreistag Oder-Spree



Bundestagfraktion DIE LINKE beschloss ein Sofortprogramm

## 10-Punkte-Sofortprogramm der LINKEN im Bundestag



Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 errang DIE LINKE 16 Direktmandate und ist im 17. Deutschen Bundestag mit 76 Abgeordneten – 40 Frauen und 36 Männern – vertreten. Gregor Gysi ist mit 94,7 Prozent in der Fraktionsklausur am 9. und 10. Oktober 2009 in Rheinsberg zum Fraktionsvorsitzenden wiedergewählt worden. Zuvor erklärte Oskar Lafontaine: „Nach vier Jahren Doppelfunktion und nach dem Erfolg, den wir mittlerweile hatten, konzentriere ich mich jetzt auf den Parteivorsitz.“ Damit wird die gute Zusammenarbeit zwischen Gregor Gysi und ihm fortgesetzt. Nach der Wahl aller Mitglieder des Fraktionsvorstandes haben die 76 Abgeordneten einstimmig ein 10-Punkte-Sofortprogramm beschlossen, mit dem DIE LINKE in die neue Wahlperiode startet.

### Deutschland verweigert den Kriegsdienst

#### 1. Raus aus Afghanistan

DIE LINKE will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir werden im Bundestag einen Afghanistan-Friedensvorschlag vorlegen, der Entsendung weiterer Soldaten widersprechen und den Abzug der Bundeswehr fordern. Die finanziellen Mittel sollen vom militärischen Einsatz auf zivile Unterstützung umgewidmet werden. DIE LINKE wird für Abrüstung initiativ und fordert den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland.

### Gute Arbeit

#### 2. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Gleichstellung in Lohnfragen

DIE LINKE setzt die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sofort wieder auf die Tagesordnung des Parlaments. Der Mindestlohn soll in der 17. Legislaturperiode auf zehn Euro erhöht werden und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Wir fordern gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit in gleicher Arbeitszeit für Frauen und Männer, in Ost und West, für

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und für Menschen mit und ohne Behinderungen.

#### 3. Stärkung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung – 2 Mio. Arbeitsplätze statt Massenarbeitslosigkeit

DIE LINKE weist alle Angriffe auf den Kündigungsschutz zurück und wird Initiativen zu seiner Stärkung ergreifen. Die Mitbestimmung in den Unternehmen ist zu verteidigen und zu erweitern. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Massenentlassungen bei nichtinsolvenzgefährdeten Unternehmen und für die Rücknahme der Liberalisierung der Leiharbeit ein, um den Trend zur Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen durch Leiharbeit zu stoppen.

DIE LINKE will mit Hilfe eines Konjunkturprogramms und eines Zukunftsfonds für den industriellen Umbau Arbeitsplätze für die Zukunft sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür müssen Produktion und Produkte auf moderne, sozial-ökologische Bedürfnisse ausgerichtet werden, Investitionen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur ausgeweitet werden und öffentliches Personal eingestellt werden. Öffentliche Gelder an die Industrie werden nur als Beteiligungen vergeben, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Belegschaften, Gewerkschaften und Verbänden.

### Soziale Sicherheit

#### 4. Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I verlängern

DIE LINKE setzt alles daran, in der Krise das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate zu verlängern und das Arbeitslosengeld I für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes I abhängig von der Dauer der Einzahlung (pro Jahr Einzahlung einen Monat Arbeitslosengeld beginnend mit dem 3. Jahr). Dies

begrenzt Verunsicherung und soziale Härten und stabilisiert die Binnennachfrage.

#### 5. Hartz IV abschaffen – DIE LINKE wird als erste Schritte im Bundestag fordern:

- Die Freigrenzen beim Schonvermögen im SGB II – zur Alterssicherung und darüber hinaus – werden deutlich erhöht.
- Die Entgelte von Ferienjobs für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden werden nicht auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze angerechnet.
- Kinderregelsatz an Kindesbedarf anpassen! Entsprechend dem Urteil des Bundssozialgerichtes soll der Bedarf für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung eigenständig ermittelt und in der Folge deutlich angehoben werden.
- Ein Sanktionsmoratorium soll die Drangsalierung von Hartz-IV-Beziehenden sofort stoppen. Unabhängig davon fordern wir die Abschaffung des Sanktionsparagraphen 31 im SGB II.
- Abschaffung des Konstruktes Bedarfsgemeinschaft im SGB XII und II für Erwachsene.
- Die gleichen Forderungen gelten auch für Menschen mit Behinderungen und andere Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe).

### Alterssicherung – armutsfest und gleich in Ost und West

#### 6. Rente ab 67 zurücknehmen und Rentenwert Ost-West zügig angleichen

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Rente erst ab 67. Schon heute gehen im Osten 70 Prozent und im Westen 40 Prozent aller Neurentnerinnen und -rentner mit Abschlägen in Rente. Laut Deutscher Rentenversicherung waren im September 2008 waren nur noch 7,4 Prozent aller 63- und 64-jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung.



Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre ist daher sozialpolitisch unverantwortlich und arbeitsmarktpolitisch widersinnig. Wir fordern eine armutsfeste Rente spätestens ab Vollendung des 65. Lebensjahres.

DIE LINKE kämpft weiter für die zügige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die Höherwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter ist so lange differenziert beizubehalten, bis die Angleichung bei Löhnen und Gehältern erfolgt ist.

### Wer bezahlt die Krise?

**7.** Kleine und mittlere Einkommen entlasten – Kreditklemme bekämpfen

DIE LINKE will, dass Reiche und Vermögende für die Finanzierung der Krise sowie für gesellschaftliche Reformen herangezogen werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. DIE LINKE lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer strikt ab. DIE LINKE wird eine Reform der Einkommensbesteuerung durch eine Abschaffung des Steuerbauchs einbringen. Der/die Durchschnittsverdiener/in mit 30000 Euro Jahreseinkommen soll eine Steuererleichterung von mehr als 100 Euro im Monat erhalten. Ab einem zu versteuernden Monatseinkommen von 6000 Euro setzt zunächst eine leicht ansteigende höhere Belastung ein; Einkommensmillionäre sollen rund 100000 Euro mehr an Steuern im Jahr zahlen. DIE LINKE wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer fordern, wobei Privatvermögen von über einer Millionen Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Außerdem soll eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die drohende weitere Verschärfung der Kreditklemme abgewendet wird. Bei knapp 40 Prozent der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 ist die Kreditverweigerung der Banken die „zentrale Ursache“. Die EZB leiht den Banken Rekordsummen für ein Prozent Zinsen. Aber sie geben diese günstigen Konditionen nicht weiter, verlangen 10, 11, ja bis zu 18 Prozent Zinsen. DIE LINKE wird von der Regierung fordern, dass

sie endlich auf die Kreditvergabe der Banken Einfluss nimmt. Dazu gehört, die Banken unter staatliche Kontrolle zu stellen bis hin zur Vergesellschaftung. DIE LINKE will, dass Überziehungszinsen begrenzt werden.

**8.** Schutzschirm für die sozialen Sicherungssysteme

DIE LINKE lehnt es ab, dass die Kosten der Krise über Zusatzbeiträge u.ä. auf die sozial Versicherten abgeladen werden. Deshalb wollen wir einen Bundestagsbeschluss, dass die Sozialversicherungen für die durch die Krise entstehenden Defizite eine Staatsgarantie bekommen – finanziert aus den Steuer-mehreinnahmen. Nur so kann eine Kürzung der sozialen Leistungen und die zusätzliche Belastung der Versicherten ausgeschlossen werden. Aktuell darf bspw. das sich abzeichnende Milliardendefizit im Gesundheitsfonds (rd. 10 Mrd.) 2010 nicht über Zusatzbeiträge auf die Schultern der Versicherten abgewälzt werden.

### Grundrechte verteidigen

**9.** Grundrechte verteidigen

Die LINKE wird eine gesetzliche Regelung für einen wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz einbringen, der solche Schnüffelei wie bei Lidl, der Bahn oder der Deutschen Bank unterbindet.

Am 31. Dezember endet die bisherige Bleiberechtsregelung für gedul-

dete Ausländerinnen und Ausländer. Die LINKE wird sich für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für die rund 62000 seit vielen Jahren hier lebenden Flüchtlinge einsetzen. Langjährig Geduldete und Menschen, die zurzeit nur befristet bleibeberechtigt sind, müssen ein gesichertes Aufenthaltsrecht und eine Lebensperspektive erhalten.

DIE LINKE wird einen Antrag zur bundeseinheitlichen und bedarfsgerechten Finanzierung der Frauenhäuser einbringen, der für alle Frauen einen offenen Zugang zu Frauenhäusern und Schutzzeiteinrichtungen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus garantiert, Kosten für den Aufenthalt der Kinder einschließt, den Lebensunterhalt sichert und Unterhaltsansprüche von geflüchteten Frauen gegenüber Partnern auf den Staat überträgt.

### Energiewende durchsetzen

**10.** Atomausstieg unumkehrbar machen

Wir werden parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür streiten, dass die in der 17. Legislaturperiode abzuschaltenden sieben Reaktoren – davon vier noch bis Jahresende 2009 – wirklich unumkehrbar vom Netz gehen. Zudem werden wir darauf drängen, sofort einen Untersuchungsausschuss atomare Endlager (Asse II, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad und zum Endlagersuchverfahren) im Bundestag einzusetzen.

Landesgruppe Brandenburg in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- Dr. Dagmar Enkelmann, Bernau, Direktmandat im Wahlkreis 60, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin
- Diana Golze, Rathenow
- Thomas Nord, Direktmandat im Wahlkreis 64, Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg
- Wolfgang Nešković, Cottbus, Direktmandat im Wahlkreis 65
- Sabine Stüber, Eberswalde, Direktmandat im Wahlkreis 58
- Dr. Kirsten Tackmann, Kyritz

Weitere Informationen unter:  
[www.links-fraktion.de](http://www.links-fraktion.de)

**Sozial, auch nach der Wahl.**

**DIE LINKE.**

# Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Oktober/  
November/Dezember



9. 10.	Hildegard Priske	Bad Saarow	87 J.
10. 10.	Alois Trnka	Fürstenwalde	94 J.
11. 10.	Else Herlitschka	Beeskow	75 J.
11. 10.	Hildegard Maier	Schöneiche	83 J.
14. 10.	Peter Richter	Erkner	65 J.
16. 10.	Günter Zeuchner	Fürstenwalde	82 J.
18. 10.	Lutz Hanke	Fürstenwalde	60 J.
20. 10.	Günter Koehn	Erkner	80 J.
20. 10.	Edelgard Liebscher	Beeskow	75 J.
21. 10.	Peter Baumann	Hangelsberg	65 J.
21. 10.	Waltraud Richter	Storkow	75 J.
22. 10.	Rotraud Pfeiler	Storkow	70 J.
25. 10.	Peter Kreisel	Erkner	75 J.
27. 10.	Egon Tuchtenhagen	Schöneiche	80 J.
28. 10.	Erna Müller	Eisenhüttenstadt	85 J.
29. 10.	Karl-Heinz Jahnke	Fürstenwalde	80 J.
1. 11.	Horst Gerstner	Eisenhüttenstadt	83 J.
2. 11.	Ilse Löffler	Woltersdorf	85 J.
5. 11.	Elsa Friedrich	Grünheide	80 J.
5. 11.	Erhard Heinrich	Fürstenwalde	75 J.
13. 11.	Christa Ritter	Erkner	86 J.
16. 11.	Joachim Buchwalder	Fünfeichen	65 J.
23. 11.	Gerd Faehse	Schöneiche	65 J.
28. 11.	Wolfgang Reinicke	Eisenhüttenstadt	75 J.
29. 11.	Siegfried Kowal	Fürstenwalde	75 J.
30. 11.	Isolde Hilger	Eisenhüttenstadt	88 J.
6. 12.	Ilse Arenbeck	Eisenhüttenstadt	88 J.
6. 12.	Henry Schostag	Eisenhüttenstadt	81 J.
12. 12.	Günter Hofmann	Eisenhüttenstadt	75 J.
12. 12.	Hannelore Montag	Eisenhüttenstadt	81 J.
14. 12.	Hilda Weber	Tauche	86 J.
15. 12.	Gerhard Buchholz	Bad Saarow	82 J.
15. 12.	Werner Fünfstück	Schöneiche	80 J.
16. 12.	Helmut Preisler	Bad Saarow	84 J.
17. 12.	Johannes Fenske	Storkow	83 J.
18. 12.	Ingeborg Ulbricht	Eisenhüttenstadt	87 J.
22. 12.	Ilka Handke	Müllrose	70 J.
24. 12.	Christa Blauschies	Fürstenwalde	82 J.
27. 12.	Christa Frank	Fürstenwalde	75 J.
29. 12.	Günter Schulz	Eisenhüttenstadt	75 J.

## In eigener Sache

Die Redaktion des „Widerspruch“ entschuldigt sich für das verspätete Erscheinen dieser Ausgabe. Die Bildung der Rot-Rot-Koalition musste der Schwerpunkt dieser Ausgabe werden.

## DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde  
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24  
E-Mail: [kontakt@linke-oder-spree.de](mailto:kontakt@linke-oder-spree.de)

geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr  
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr  
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

[www.linke-oder-spree.de](http://www.linke-oder-spree.de)

## Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im Dezember 2009

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 17. 11., 18.00 Uhr, Fürstenwalde, Schloßstraße 7,  
Kreisgeschäftsstelle  
11. 12., 18.30 Uhr, Storkow, Friedensdorf (Infos bei Fraktionsgeschäftsführerin Monika Pooch)

Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7  
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55,  
Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43, [emk.pooch@t-online.de](mailto:emk.pooch@t-online.de)

### Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Kreisausschuss 2. 12., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
  - Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 8. 12., 17.00 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Str. 26, Seniorenheim
  - Werksausschuss für Eigenbetrieb KWU 9. 12., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
  - Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 10. 12., Beeskow, Breitscheidstr. 7
  - Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 15. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
  - Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 16. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
  - Jugendhilfeausschuss 17. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite <https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp> entnehmen.

### Kreistag Oder-Spree

15. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Landratsamt, Atrium



Dokumentarisches in

### Jahrbuch

für Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/III

(NDZ GmbH, ISSN:1610-093X)

Ursel Hochmuth/Peter Hochmuth:  
Vor 75 Jahren – Dissonanzen im Kopenhagener Exil. Ein Gedächtnisprotokoll  
Walter Hochmuths vom Oktober 1934

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,  
Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,  
E-Mail: [kontakt@linke-oder-spree.de](mailto:kontakt@linke-oder-spree.de)  
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: [p-w-hochmuth@online.de](mailto:p-w-hochmuth@online.de);  
Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)  
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500  
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)  
Druck: flyeralarm GmbH, Am Biotop 3, 97259 Greußenheim, [www.flyeralarm.com](http://www.flyeralarm.com)  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Wortmeldung aus der jungen Generation

## Schuldenbremse als Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“?

Angesichts abenteuerlicher Pläne über die Haushalts- und Verschuldungspolitik der Bundesregierung lohnt es, dieses Themenfeld einmal genauer zu betrachten.

Die derzeitige Schuldenlast Deutschlands liegt mit etwa 1,6 Bio. € bei knapp 70 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, bzw. des Bruttoinlandsproduktes (BIP). In den Schuldendienst fließen jährlich mittlerweile 15 Prozent der Staatsausgaben. Geld das für öffentliche Investitionen und Sozialausgaben fehlt. Dieser Sachverhalt wird häufig von neoliberalen Meinungsmachern genutzt, um einen altbekannten Mythos der Ökonomie zu zitieren: Staatsschulden seien volkswirtschaftlich schädlich, politisch unsolid und unverantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen.

Wie wir gerade beobachten können, erfährt das Aufnehmen staatlicher Schulden eine äußerst wichtige Rechtfertigung zur Überbrückung wirtschaftlicher Krisen. Wenn Privathaushalte und Unternehmen in wirtschaftlichen Flauten zu wenig ausgeben, dann muss der Staat zur Stabilisierung der Volkswirtschaft einspringen. Zum einen durch das Anwachsen des Budgetdefizits in Folge von konjunkturell bedingten Steuerausfällen und Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Zum anderen kann er durch Kreditaufnahme Investitionen bezahlen, welche die gesamte wirtschaftliche Dynamik wieder in Gang bringen. Als Stichwort seien die kleineren Konjunkturpakete der letzten Regierung genannt.

Werden kreditfinanzierte Staatsinvestitionen von Neoliberalen in der Regel als wirkungslose Strohfeuer diffamiert, so sind sie im Gegenteil oft Voraussetzung zukünftigen Wohlstands. Durch öffentlich kreditfinanzierte Investitionen, beispielsweise in Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, in die Verkehrsinfrastruktur usw. „erben“ folgende Generationen nicht nur die Schulden, sondern auch den Nutzen solcher Ausgaben. Verschuldung kann somit ein Weg sein, künftige Generationen an Kosten heutiger Zukunftsinvestitionen zu beteiligen. Ökonomisch betrachtet sind somit Staatsverschuldungen weder gut noch schlecht. Entscheidend ist die Frage nach der konkreten Verwendung aufgenommener Kredite.

Außerdem werden künftigen Generationen auch die Guthaben „vermacht“, die die Gläubiger des Staates (Banken und Privatleute) halten. Die entscheidende (Verteilungs-)Frage stellt sich also zwischen

den Steuerzahlern, die für Zinsen und Tilgung von Staatsschulden herangezogen werden und den Gläubigern des Staates, welche in der Regel Vermögende sind. Je ungerechter die Steuerlast verteilt ist, desto größer die Umverteilungswirkungen von unten nach oben.

Leider wird der Staat in der Öffentlichkeit häufig mit einem Familienvater verglichen, der nicht mehr ausgeben dürfe als er einnehme. Diese einzelwirtschaftliche Betrachtung ist jedoch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht falsch, da der Staat durch pro-zyklische Politik, also z.B. dem Sparen in Krisenzeiten, die Rezession verschlimmert. Das musste nicht zuletzt „Sparkommissar“ Hans Eichel erfahren, als er nach der Jahrtausendwende die Konjunktur abwürgte und am Ende trotz Sparkurses mit höheren Schulden da stand.

Außerdem ist die Betrachtung des nominalen Wachstums der Schulden, z. B. durch die Schuldenstandsruhr des Bundes der Steuerzahler, gezielte Panikmache. Damit soll lediglich das ebenso alte wie falsche „Wir haben keine Alternative, denn die Kassen sind leer“ – Scheinargument bekräftigt werden. Vielmehr ist es entscheidend, die relative Veränderung zu betrachten. Solange die Schulden langfristig langsamer wachsen als das BIP, die Schuldenstandsquote also nicht wächst, ist die Lage auch nicht derart dramatisch.

Diese jedoch weit verbreitete Grundhaltung und die aktuelle Rekordverschuldung der BRD lieferten das Hauptmotiv für die im Mai von CDU und SPD beschlossene Schuldenbremse.

Mit ihr wird das Tempo bei der Neuverschuldung für den Bund bis 2016 auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt. Angesichts einer durchschnittlichen Nettoneuverschuldung in den letzten drei wirtschaftlich eher guten Jahren von 3,3 Prozent, wird die Dimension des Einschnitts deutlich. Somit verringert sich die Möglichkeit für eine aktive Konjunktur- und Investitionspolitik drastisch. Den Bundesländern soll das Aufnehmen von Schulden ab 2020 sogar völlig verwehrt werden, was die ärmeren unter ihnen besonders schwer treffen wird.

Wörtlich heißt es weiter im Gesetz: „Bei staatlichen Ausgaben muss nun besonders darauf geachtet werden, dass sie auf der Einnahmenseite refinanziert oder im Ausmaß der fehlenden Einnahmen reduziert werden“. Kurz um bedeutet das: Entweder, es werden über eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung diejenigen zur Finanzierung der großen Heraus-

### Finanz-Roulette

*Parasiten im Prozenz-Rausch  
Promillegrenzen sind abgeschafft  
neoliberale Gebete  
als Kirchenspek für Regierungen  
Finanzrutsche außer Kontrolle  
Wer schirmt sich hier ab?  
Geisterfahrer auf Börsenkurs  
Tonnenweise faule Papiere  
Pannen rund um den Planeten  
Datengeschwüre*

*Und sie knien nieder  
vor dem Werk der Bankentürme  
Schirm um Schirm gespannt  
auf Volkes Pump zahlen aus  
die Regierungen den Hochbezahlten  
die spielen und leben von dem  
was andere für sie verdienten  
und nun Schreck um Schrecken  
im Bann der Finanzmafia*

*Ob wir eines Morgens aufwachen  
und alle die wackligen Stützen  
wegbrechen Karte um Karte  
das ganze überirdische Haus  
die Nacht der wertlosen Scheine  
so oder so schlecht es sich an  
jeder Euro verfällt immer mehr  
wenn die Preise galoppieren  
imperiales Delirium*

*Wann werden die eingespart  
die Geld zu Geld buchen  
in ihren Boni-Nekropolen  
Wann wird verboten  
schnellender Zinswucher  
wie schon die Bibel fordert  
Politik und Wirtschaft stöbt  
im Alp der Talfahrten  
Arbeitslosenraten steigen  
keinem der Geldschinder  
droht Schloß und Riegel  
so reißt der große Betrug*

Marko Ferst, Gosen  
2-6/2009

forderungen herangezogen, die im hohen Maße von der neoliberalen Umverteilungspolitik der letzten Jahre profitiert haben, oder es wird versucht werden, die Kosten der Krise auf die breite Bevölkerung abzuwälzen. Die Erfahrung lehrt uns, dass sich die neoliberalen Parteien eher für letzteres entscheiden werden. In diesem Fall noch mit der hohlen Phrase von der „Generationengerechtigkeit“ trumpfen zu wollen, wäre schon eine sehr arglistige Täuschung der Bevölkerung.



Christopher Voß,  
23 Jahre, Storkow,  
Student der Volkswirtschaft,  
Stadtverordneter der LINKEN

CDU/CSU und FDP:

# Regierung der sozialen Spaltung

Mit der neuen Bundesregierung bekommt Deutschland keine Zukunft, sondern vor allem neue Schuldenberge. Anstatt die Kosten der aktuellen Wirtschaftskrise sozial gerecht zu verteilen und Antworten auf wachsende Arbeitslosigkeit und Armut zu geben, greifen CDU/CSU und FDP den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung an: Für Pflege im Alter, Hilfe bei Krankheit und die Bildung der Kinder sollen die Menschen zukünftig selbst aufkommen. Entsolidarisierung wird zur Staatsräson. Freuen können sich die Vermögenden und Unternehmen: Sie bekommen Steuer geschenke. Die Kosten der Krise aber tragen die Schwachen.

## Steuern

Weniger soziale Gerechtigkeit: Millionäre und Profiteure der Finanzmarktspekulation werden von der neuen Regierung nicht zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen.

Steuerentlastungen auf Pump: Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise brechen bis zum Jahr 2013 rund 315 Milliarden Euro an Steuereinnahmen weg. Eine Stärkung der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist jedoch nicht vorgesehen. Die geplanten Steuerentlastungen sollen komplett durch Schulden finanziert werden, die von den Steuerzahlerinnen und -zahlern später abgezahlt werden müssen.

Die Reichen freut's: Von der Steuerentlastung der neuen Regierung profitieren vor allem überdurchschnittliche Einkommen. Nur Bestverdiener, Vermögende und Unternehmen bekommen wirklich mehr Netto vom Brutto. Zudem wollen CDU/CSU und FDP die Erbschaftsteuer senken und Konzerne durch eine Unternehmenssteuerreform entlasten. Die Steuererleichterungen für untere und mittlere Einkommen hingegen werden von den wachsenden Ausgaben, zum Beispiel für Gesundheit und Pflege, aufgezehrt.

## Arbeit

Keine neuen Arbeitsplätze: CDU/CSU und FDP verweigern öffentliche Investitionsprogramme und andere Maßnahmen, mit denen Arbeitsplätze geschaffen oder durch Modernisierung erhalten werden könnten.

Kein gesetzlicher Mindestlohn: Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass es keinen flächendeckenden Mindestlohn geben soll. Stattdessen stellen sie die bisherigen Branchenmindestlöhne in Frage.

Noch mehr schlecht bezahlte Arbeit: Die neue Regierung will die Minijobs ausweiten, was zu noch mehr schlecht bezahlter und prekärer Arbeit führt. Die Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Beziehende bedeutet mehr staatliche Zuschüsse zu schlechten Löhnen. Davon profitieren nur die Unternehmen, denn sie können die Löhne weiter drücken.

## Gesundheit und Pflege

Abschied vom Sozialstaat: Die Finanzierung der Sozialversicherungen zur Hälfte durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird endgültig aufgegeben. Steigende Kosten für Gesundheit und Pflege tragen zukünftig die Versicherten allein. Zudem droht eine verpflichtende Zusatzversicherung bei der Pflege.

## Hartz IV

Keine Verbesserungen für die Mehrheit der Hartz-IV-Beziehenden: Kinder aus Hartz-IV-Familien, die höhere Sätze für ein menschenwürdiges Leben am meisten bräuchten, bleiben bei CDU/CSU und FDP außen vor.

Dass der Schonbetrag für Altersvorsorgevermögen von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht wird, ist ein überfälliger Schritt. Allerdings kommt er nur einer kleinen Gruppe zugute, da die meisten Hartz-IV-Beziehenden weder Vermögen noch Immobilien besitzen.

Energie- und Unterkunftskosten sollen zudem pauschal festgelegt werden. Übersteigen die tatsächlichen Kosten die Pauschale, müssen die Hartz-IV-Beziehenden die Differenz mit dem Geld bezahlen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten.

## Rente

Noch mehr Altersarmut: Die neue Bundesregierung hält an der Rente erst ab 67 Jahren fest. Da die meisten Menschen nicht bis 67 arbeiten können, bedeutet die Rente ab 67 für sie eine Rentenkürzung. Flexible Übergänge in den Ruhestand sind nicht vorgesehen.

## Bildung

Ohne Vision: Die Kleinstaaterei im Bildungswesen wird fortgesetzt. Das Bildungssystem bleibt unterfinanziert. In der Studienfinanzierung leiten CDU/CSU und FDP den Anfang vom Ende des BAföG ein: Ein staatlich gefördertes privates Bildungssparen und ein Elite-Stipendienprogramm treten in Konkurrenz zum sozial begründeten BAföG. Den akuten Mangel an Ausbildungsplätzen thematisiert die schwarz-gelbe Regierung nicht einmal.

## Umwelt

Keine Energiewende: CDU/CSU und FDP blockieren notwendige Maßnahmen für eine Energiewende und für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Stattdessen kündigen sie den Atomausstieg auf und planen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke.

## Ostdeutschland

Spaltung Ost-West: Die neue Regierung hat keinen Plan, um die Ungleichheiten zwischen Ost und West abzubauen. Auch neue Ideen für Ostdeutschland gibt es nicht. Stattdessen kommen vor allem vorhandene Aufbau-Ost-Programme auf den Prüfstand. Kürzungen von Fördergeldern sind zu erwarten.

**Als einzig glaubhafte Opposition im Bundestag setzt sich DIE LINKE weiterhin konsequent für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden ein – gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden und außerparlamentarischen Bewegungen.**